

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Postzelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 232.

Montag, den 4. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Der Sozialismus des Geistes.

Von Prof. Dr. Hugo Sinzheimer (Frankfurt).

Genosse Dr. H. Sinzheimer, der bekanntlich die politisch-parlamentarische Tätigkeit endgültig mit derjenigen des akademischen Lehrers vertauscht hat — er ist Professor an der neuen Universität Frankfurt a. M. geworden —, behandelt im nachstehenden Artikel die geistigen Grundlagen des Sozialismus, die nicht nur bei den Gegnern des Sozialismus, sondern leider auch manchmal bei Sozialisten selbst nicht die genügende Würdigung finden.

Soweit heute noch von einer geschlossenen sozialistischen Lehre gesprochen werden kann, beschäftigt sie sich mit dem Sozialismus der Wirtschaft. Diese Einstellung ist begreiflich. Die wirtschaftliche Not, deren Überwindung der Sozialismus anstrebt, ist die fühlbarste Tatsache, die zur Umwandlung der Produktionsverhältnisse anspornt. Nur darf in der Betrachtung des wirtschaftlichen Sozialismus der Blick auf die innere Triebkräfte des sozialistischen Willens nicht verloren gehen.

Der geschichtliche Kampf der Arbeiterklasse ist nicht nur ein Kampf um wirtschaftliche Befreiung, um Unabhängigkeit von Not und Elend, sondern ein Kampf um menschliche Befreiung überhaupt, um die Freiheit für die Gestaltung persönlichen Eigenlebens. Durch die wirtschaftliche Sicherung des Daseins soll ein jeder zur geistigen Selbstbestimmung gelangen. Der Sozialismus der Wirtschaft ist ein Mittel, nicht der Zweck. Der Zweck des Sozialismus ist der Mensch in seinem Anspruch auf die volle Entfaltung seiner Kräfte. Diesen letzten Sinn des Sozialismus hat Karl Marx ausgesprochen. „Das Reich der Freiheit“ — so führte er im dritten Band seines „Kapitals“ aus — „beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ Jenseits des „Reiches der Notwendigkeit“, der „materiellen Produktion“, beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gibt, das wahre Reich der Freiheit. Dieses „Reich der Freiheit“ ist das Kulturgut des Sozialismus. Der Sozialismus soll nicht nur einen neuen Wirtschaftsvorgang herbeiführen, sondern ein neues Menschentum begründen, in dem der Mensch sich selbst gehört. Indem der wirtschaftliche Sozialismus die wirtschaftlichen Einzelkräfte zu einer sich planvoll auswirkenden Gesamtkraft zusammenzubinden sucht, will er die geistigen Kräfte des Menschen zu freier Entwicklung entbinden.

Der Sozialismus wird von vielen nur als ein System äußerer Verhältnisse gedacht. Aus dem privaten Produktionsrecht soll ein soziales Produktionsrecht werden. Aber der Sozialismus ist nicht nur eine Frage neuer Verhältnisse, sondern auch die Frage eines neuen Verhaltens. Die innere Voraussetzung eines sozialistischen Rechts ist der sozialistische Wille. Wenn ein neues sozialistisches Recht die Wirtschaft der Menschen als eine menschliche Gesamtwirtschaft hinstellt, die Wirtschaftssubjekte in Organe einer wirtschaftlichen Gesamtheit nur dann durchsetzen können, wenn die einzelnen nicht nur ihren wirtschaftlichen Sonderwillen vertreten, sondern auch den neuen wirtschaftlichen Gesamtwillen in sich aufnehmen. Wie eine Demokratie nur wirklich möglich ist, wenn die einzelnen Demokratien sind, so ist ein Sozialismus nur möglich, wenn die einzelnen Sozialisten sind. Das staatliche und wirtschaftliche Gesamtinteresse muß in der Demokratie und dem Sozialismus den Willen des einzelnen, soweit er politisch und wirtschaftlich tätig ist, bestimmen. Wir brauchen sozialen Geist nicht nur in den herrschenden Systemen der wirtschaftlichen Selbstsucht, wir brauchen sozialen Geist auch, und zwar einen noch viel stärkeren und innigern, im Zustand des Sozialismus.

Die materialistische Geschichtsauffassung sieht die geschichtliche Triebkraft in der Entwicklung der wirtschaftlichen Produktivkräfte. Diese Lehre hat in manchen Kreisen zu dem für den lebendigen Fortschritt verhängnisvollen Irrtum geführt, daß es des menschlichen Geistes nicht bedürfe, damit ein Fortschritt werde, sondern daß die materiellen Dinge selbst aus sich heraus zum Fortschritt führten. Man kann beobachten, wie die politische, verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Behandlung der Dinge durch manche Sozialisten von dieser falschen Grundauffassung befeuert oder vielmehr entseelt ist. Niemals haben Marx und Engels gelehrt, daß es der Tat des menschlichen Geistes bedarf, um den geschichtlichen Willen zur Geltung zu bringen. „Alles,“ — so schreibt Engels — „was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch.“ Und er fährt fort: „Nichts geschieht ohne bewußte Abicht, ohne gewolltes Ziel.“ Und was lehrt Marx? „In der Praxis muß der Mensch . . . die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.“ Die materialistische Geschichtsauffassung ruft also, soweit sie nicht die Wirklichkeit erkennen, sondern der Verwirklichung dienen will, den Menschen zum tätigen Geist auf. Auf Grund des erschöpften Bodens soll er den Bauplan entwerfen und das Gebäude errichten, in dem eine glücklichere Menschheit ha-

sen kann. Der Sozialismus bedarf des Erkennens und des Könnens, des Begreifens und des Eingreifens. Der Sozialismus bedarf der geistigen Fähigkeit, das Notwendige frei zu gestalten. Der Sozialismus ist nicht nur ein Sozialismus der Wirtschaft, sondern auch ein Sozialismus des Geistes. Der menschliche Geist ist die letzte Beziehung des sozialistischen Willens. Seine geistige Bindung an eine über dem Einzelwillen stehende Gemeinschaft ist die notwendige innere Triebkraft einer sozialistischen Lebensordnung. Der Sozialismus ist nicht nur eine Quantitätsfrage, die sich darin erschöpft, daß an die Stelle weniger möglichst viele ausreichend wirtschaftlich versorgt werden. Es ist auch eine Qualitätsfrage, daß in einem allgemeinen Zustand ausreichender wirtschaftlicher Versorgung der Menschengestalt höher steigt. Wir erwarten von dem Sozialismus nicht nur Veränderung, sondern Wandelung.

Aus dieser Grundauffassung müssen bald die praktischen Folgerungen gezogen werden. Wenn die Verwirklichung des Sozialismus von geistigen Voraussetzungen abhängt, so müssen diese geistigen Voraussetzungen planvoll gepflegt werden. Für uns ist der Sozialismus nicht das Ergebnis einer revolutionären Stunde, sondern ein planvoll beherrschter geschichtlicher Entwicklungsprozeß, in dessen Dienst wir Tag für Tag und Stunde für Stunde stehen sollen. Diese organische Auffassung des sozialistischen Werbens verlangt die planvolle Entwicklung aller Kräfte, die zum Sozialismus hinführen. Wir müssen den Menschen vor Ausbeutung schützen, wir müssen immer mehr die Mannmächtigkeit der Wirtschaft zur Sicherung der wirtschaftlichen Daseinsbedingungen aller anstreben, wir müssen ihr aber auch zugleich fähig machen, in Staat und Wirtschaft die Herrschaft auszuüben, die die geschichtliche Entwicklung immer mehr der abhängigen Arbeit zuweist. Schauen wir auf die Fähigkeit im Interesse der Arbeiterklasse mehr, als es bisher gesehen ist!

Französische Anklagen gegen die Wiedergutmachungskommission.

Anläßlich der Brüsseler Finanzkonferenz unterzieht die französische Zeitung „Le Journal“ die Tätigkeit der Wiedergutmachungskommission einer geradezu vernichtenden Kritik. Das Blatt weist auf die Unmöglichkeit hin, daß die Wiedergutmachungskommission ohne Änderung der von ihr befolgten Arbeitsmethoden ihre Aufgabe, die Höhe der Kriegsschadigung festzustellen, jemals erfüllen könne. Sämtliche offiziellen Schätzungen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, auf welche sich die alliierten Unterhändler gestützt haben, um die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages festzusetzen, und die seither die Haltung der Alliierten in den verschiedenen Konferenzen beeinflusst haben, stützen sich auf die Studien eines Finanzinspektors, die dieser im März und April 1918 machte, indem er ihnen die Vorkriegsstatistiken und die während des Krieges von Seiten der Zentralmächte erschienenen Dokumente zugrunde legte. Aber erst vor sechs Wochen habe man sich entschlossen, die Richtigkeit der Schlussfolgerungen dieses Finanzinspektors an Ort und Stelle nachzuprüfen. Im Hinblick auf die Ausführung der finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages sei noch nichts Wesentliches vorbereitet worden. Die in Deutschland überall tätigen Missionen und Untersuchungskommissionen seien sich nur darin einig, sich mangelhafte Gehälter und Aufwandsentschädigungen zuzuwenden. Die berühmte Klausel: „Deutschland wird zahlen!“ machten sie sich alle zum eigenen Vorteil nutzbar. Nach dem Bericht des Senators Eugène Hubert beziehe ein Direktor im Sekretariat des Völkerbundes ungefähr 120 000 Franken, während der Direktor der französischen Abteilung, bevollmächtigter Minister 1. Klasse, mit 29 Dienstreisen mit 25 000 Franken entschädigt werde. Ein Geländeschäftssekretär 3. Klasse in Berlin beziehe gegen 25 000 Franken, ein Sergeant der Kontrollkommission beinahe ebensoviel, nämlich 69 300 Mark. Für die Missionen, die unmitttelbar und allein von der französischen Regierung abhängen, müsse schnellstens eine Lösung gefunden werden, und zwar könnten diese ebenso lästigen wie unnötigen Dienststellen vielfach einfach aufgelöst werden. Von der Tätigkeit der in Berlin befindlichen wirtschaftlichen Mission, die die Tiergartenvilla des früheren Bankiers des Kaisers Wilhelm, Bleichröder, requiriert hat, behauptet das Blatt dann noch, daß diese so streng vertraulich sei, daß selbst das französische nationale Bureau des auswärtigen Handels in Berlin von der Existenz dieser Mission keine Ahnung hatte.

Der Weg aus dem Finanzelend.

Auf der Finanzkonferenz in Brüssel wurde Sonnabend die Aussprache über die internationalen Kredite fortgesetzt. Besonders bemerkenswert war eine Rede des holländischen Bankiers Termeulen, der betonte, daß die Zeit der Staatskredite vorbei sei, und daß man den Weg zur Gesundung nur durch staatliche Maßnahmen finden könne. Was das Wiederaufleben der geschäftlichen Verbindungen von Land zu Land besonders erschwere, sei der Mangel an Vertrauen des Verkäufers, daß die Käufer ihren Verpflichtungen nachkommen werden, wenn nicht bar verkauft wird. Es komme darauf an, ein System zu

finden, daß dem Verkäufer die Sicherheit gibt, eingeräumte Kredite in dem Gelde seines eigenen Landes bei der Fälligkeit bezahlt zu erhalten. Termeulen schlug vor, daß der Völkerbund eine Kommission von Finanzfachverständigen zur Einrichtung und Kontrolle von Maßnahmen in dieser Richtung ernenne. Die Regierung eines Landes, dessen Importeure Kredit gebrauchen und die an dem Projekt teilzunehmen wünschten, soll an die Kommission einen Antrag stellen und ihr mitteilen, welche Garantien sie zur Sicherung der den Importeuren einzuräumenden Privatkredite geben kann. Auf Grund dieser Garantien soll dann die Kommission die Grenze der Kredite festlegen. Der Staat müßte dann der Kommission Schuldverschreibungen in der Höhe der Garantiesumme überweisen. Durch diesen Garantieapparat soll es ermöglicht werden, daß sich der Verkehr von Kaufmann zu Kaufmann frei entwickle, und daß lediglich eine gewisse Sicherung der Kredite durch einen internationalen Apparat statfinde.

Nachdem Termeulen diesen Plan im einzelnen entwickelt hatte, brachte der englische Delegierte Bell unter Bezugnahme auf frühere Erklärungen erneut vor, daß kein Staat auf weitere Kredite des englischen Staates rechnen dürfe, da der englische Staat nicht in der Lage sei, ohne entsprechende Mitwirkung des amerikanischen Staates irgendwelche weitere Kredite einzuräumen.

In der Nachmittags Sitzung wurde die allgemeine Aussprache über die internationalen Kredite beendet. Es sprachen u. a. der Vertreter Indiens, die Vertreter Brasiliens, Rumaniens und der französische Delegierte Lenoel. Im allgemeinen wurde die Verwirklichung des Vorschlages Delacroix (Belgien) — Gründung einer internationalen Emissionsbank — als unmöglich abgelehnt. Selbst die Redner, die, wie der rumänische Delegierte, dem Vorschlag an sich sympathisch gegenüberstehen, betonten die Gefahr der Finanzkontrolle für die Schuldnerländer.

Zum Schluß wurde zunächst eine große Kommission aus Vertretern aller Länder zur Beratung der Kreditfrage eingesetzt. In dieser Kommission ist Deutschland durch den Delegierten Ehrig vertreten. In einer weiteren Kommission sind nur Sachverständige zur Zusammenfassung der Einzelberichte der Länder eingesetzt worden, in der Deutschland durch den Sachverständigen Professor Dr. Log-München vertreten ist.

Damit haben die Generaldebatten in Brüssel ihren Abschluß gefunden. Der Brüsseler Korrespondent der „Wolff. Ztg.“ hat aus ihnen den Eindruck gewonnen, daß die Finanzkonferenz letzten Endes über akademische Erörterungen kaum hinausführen kann. Die Debatte und die Beschlüsse, die in den nächsten Tagen nach den Konferenzberatungen gefaßt werden, könnten allerdings vielleicht noch auf einigen Gebieten die Vorläufer sachlicher, wenn auch nicht gerade weltbewegender Neueinrichtungen werden. Das abschließende Urteil müsse man sich aber bis nach Beendigung der Arbeiten der Konferenz vorbehalten. Man rechnet damit, daß die Konferenz spätestens Freitag dieser Woche zu Ende geht.

Die deutsche und die französische Kohlenversorgung.

Die „D. A. Z.“ veröffentlicht eine Zusammenstellung, aus der hervorgeht, daß die Pariser Gasanstalten eine Reserve von 900 000 Tonnen und die französischen Eisenbahnen eine solche von 800 000 Tonnen Kohlen besitzen, daß also Frankreich unsere Kohlenlieferungen des Monats August nicht verbraucht, sondern größtenteils als Reserve aufgestapelt hat. Die Pariser Gasanstalten haben danach dreimal soviel Vorräte als sämtliche deutschen Gaswerke zusammengekommen.

Demgegenüber betrug die Kohlenlieferung für die deutsche Industrie im August: für die Gasanstalten 30 bis 60 Prozent ihres Minimalbedarfs, Elektrizitätswerke Minderbelieferung (gegen Juli) mit der Folge von Sperrstunden und Betriebseinschränkungen, chemische Industrie: 25 Prozent Lieferungsrückgang, 19 Betriebe den ganzen Monat, 62 länger als 8 Tage still gelegen. Bunkerkohle: ganz ungenügend, Fischdampfer liegen still und die meisten Häfen verlanden, Amerikadampfer können nur für eine halbe Ausreise Kohlen erhalten. Baustoffe: 20 Prozent Minderbelieferung (bei ungenügender katastrophalen Baustoffnot), Glas- und Porzellan: 30 bis 40 Prozent Minderbelieferung, Textilindustrie 20 Prozent und Leder 36 Prozent.

Die zufriedenen Polen.

Warschau, 3. Oktober. In militärischen Kreisen verläutet, daß die Verfolgung der Russen jetzt aufgegeben wird, da die polnischen Heere den russischen Widerstand vollständig gebrochen und die Linie der ehemaligen deutschen Schützengräben westlich von Molodetschno und östlich von Pinsk erreicht haben. Diese Stellung biete Polen eine Sicherheit, daß die Sowjetarmee bei einer etwaigen Offenstöße nicht mehr vorwärtskommt.

Die polnischen Waffenstillstandsbedingungen.

Warschau, 2. Oktober. In einer Geheim Sitzung der polnischen Friedensdelegation in Riga, die unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dombaski stattfand, wurde nach Befragung der Warschauer Regierung beschloffen, den Waffenstillstand mit Rußland unter folgenden Bedingungen zu unterzeichnen: Rußland anerkennt ohne Vorbehalt und Einschränkung die Unabhängigkeit und Souveränität Polens und verpflichtet sich, in die inneren Angelegenheiten der polnischen Republik sich nicht

einzuwickeln. Dasselbe anerkennt Polen die Unabhängigkeit der Ukraine, Weiß-Rußlands und erklärt sich ferner bereit, der Volksabstimmung in Ostgalizien zuzustimmen, jedoch unter der Bedingung, daß dieselbe nach den gewöhnlichen bürgerlichen und demokratischen Grundsätzen und nicht nach dem Sowjetssystem erfolgen soll.

Angriff der Türken auf Armenien.

Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Nach den letzten Berichten aus Transkaukasien scheint der Angriff auf Armenien begonnen zu haben. Die von den Türken geführte Streitmacht griff Oltun an. Die Bolschewisten, die den Friedensvertrag mit Armenien noch nicht unterzeichnet haben, senden Truppen nach der neutralen Zone bei Zanegur und in Richtung auf Samorlu (10 Meilen von Erivan).

Die armenische sozialdemokratische Partei richtete einen Appell an die Sozialdemokraten Europas und Amerikas, worin sie gegen diese Aktion und gegen die Politik der Moskauer Regierung Einspruch erhebt. Die türkischen nationalistischen Blätter melden die Ankunft eines Abgesandten der russischen Käteregierung in Angora.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Beabsichtigte neue Wahlkreiseinteilung.

Sachsen hat bei der Reichsregierung eine weitere Einteilung der drei sächsischen Reichstagswahlkreise beantragt. Wie nach der „Frankfurter Zeitung“ verlautet, wird die Reichsregierung diesen Antrag vorläufig unerledigt lassen, da noch erwogen werden soll, ob man entweder aus dem ganzen Reich einen einzigen Wahlkreis machen oder das alte System der kleinen Wahlkreise mit einem Abgeordneten wieder einführen will.

Der Verfassungsausschuss der sächsischen Volkskammer hat die Aufhebung aller fürstlichen und gräflichen Sonderrechte der Häuser Schönburg und Selms-Wildenfels in Sachsen beschlossen.

Das neue Wehrgesetz.

Das neue Wehrgesetz wird nach erfolgter Begutachtung durch die Heeres- und Marinekammer nunmehr dem Reichstage vorgelegt werden. Aus dem Entwurf ist im einzelnen hervorzuheben:

Die deutsche Wehrmacht besteht aus freiwilligen Soldaten deutscher Nationalität, die vom 1. Januar 1921 100 000 Land- und 15 000 Seesoldaten umfaßt. Jeder Wehrkreis darf nur eine Infanteriedivision haben, Führer der Divisionen und Wehrgruppen sind Generale. Die Zahl der Offiziere beträgt 4000; Mergle und Veterinäre rechnen besonders. Oberster Befehlshaber ist der Reichspräsident, unter dem der Wehrminister die Befehlsgewalt ausübt. Heeres- und Marinebeirat bestehen als beratende Körperchaft.

Die Freiwilligen dienen nach Möglichkeit in ihrem Heimatstaate, auch sollen die Verbände in ihren Heimatstaaten garnisonieren. Die Bestallung von Landeskommandanten bleibt den größeren Gliedstaaten vorbehalten. Ihre Aufgabe ist Wahrung der landmannschaftlichen Eigenart, der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder, Ergänzung der Truppenteile. Die Truppen erhalten landmannschaftliche Bezeichnungen und Abzeichen.

Die wirtschaftlichen Interessen der Länder (Garnisonen, Uebungsplätze, Bekleidung, Bewaffnung) nimmt ein besonderes Reichsamt wahr. Die Gliedstaaten haben das Recht, beim Reich Truppen zu polizeilicher Hilfeleistung zu beantragen, wenn die Heimattruppe nicht ausreicht.

Ueber Pflichten und Rechte wird bestimmt, daß Offiziere bis zum 45. Lebensjahre, Unteroffiziere und Mannschaften 12 Jahre dienen. Die Dienstzeit ist un kündbar; Entlassung erfolgt nur bei besondere Veranlassung. Alle Reichswehrangehörigen dürfen sich politisch nicht betätigen, können aber mit Erlaubnis der Vorgesetzten nichtpolitischen Vereinen angehören. Das Wahlrecht für sie ruht während ihrer Dienstzeit. Die Rechte sind niedergelegt in der Anstellungs-, Kündigungs-, Anwartschafts-, Versorgungs- und Pensionsbestimmungen. Das Reich verpflichtet sich, seine Soldaten nach dem Austritt den bürgerlichen Berufen zuzuführen, wozu Vorbereitungskurse abgehalten werden. Offizieranwärter werden zu Offizieren befördert, wenn sie sich zu zehnjähriger Dienstzeit schriftlich verpflichten. Die Versorgungsverhältnisse sind eingehend geregelt, ebenfalls das Recht der Verbeiratung. Das Dienstlohn kommen ist zu versteuern; Naturalbezüge und Geldvergütungen sind steuerfrei.

Durch das neue Gesetz werden 21 alte Gesetze außer Kraft gesetzt. Der Entwurf geht dem Reichstage Mitte Oktober zu.

Obstruktion und Generalstreik — weshalb?

Die bürgerliche Mehrheit der preussischen Landesversammlung will das Gesetz Groß-Berlin ändern. Ursprünglich war bestimmt, daß Berlin selbst entscheidet, wieviel von den höchsten dreißig Stadträten besetzt und wieviel unbesetzt sein sollen. Jetzt will der Landtag selber festlegen, daß zwölf unbesetzt sein sollen. Die „Unabhängigen“ hatten beantragt, höchstens zehn unbesetzte festzusetzen. Wegen der zehn oder zwölf Generalstreik?

Die Gesetzesänderung geht ferner dahin, daß die Leiter der Bezirke von den Bezirksversammlungen gewählt werden sollen. Ursprünglich war bestimmt, daß sie beim erstenmal vom Magistrat ernannt würden. Auch diese Aenderung ist nicht so weitgehend, daß man sich deswegen in einen großen Kampf stürzen könnte.

Zunehmend ist die rasche Aenderung des Gesetzes eine Provokation der Berliner sozialistischen Mehrheit, die abgewehrt werden muß. Aber durch Obstruktion? Das preussische Ministerium ist durch die Mehrheit der Landesversammlung verpflichtet worden, den Groß-Berliner Magistrat nicht eher zu befähigen und einzuführen, als bis die jetzt vorliegende Novelle verabschiedet ist. So lange sie durch Obstruktion verzögert wird, so lange kommt überhaupt keine Groß-Berliner Verwaltung zustande. Die Obstruktion läßt also letzten Endes darauf hinaus, daß den Deutschen nationaler Willen erfüllt wird, Groß-Berlin überhaupt zu vereiteln. Deshalb ist die Sozialdemokratie nicht so verzückt, Obstruktion zu machen, sondern drängt umgekehrt auf rasche Verabschiedung des Gesetzes.

Unfriedliches vom deutschen Pazifistenkongress.

Auf dem 2. deutschen Pazifistenkongress in Braunschweig kam es am Abend zu außerordentlich häßlichen Auseinandersetzungen zwischen den radikalen und gemäßigten Pazifisten. Die Aussprache wurde von Anfang an in einem sehr erregten Tone geführt und viel durch Schimpf- und Schandreden unterbrochen. Bei der Abstimmung wurde die vom Hauptanschlusse vorgelegte Entschlossenheit gegen 4 Stimmen angenommen. Es hat folgenden Wortlaut:

Der neunte deutsche pazifistische Kongress ist sich einig in der Hoffnung auf den Sieg des Völkereidgedankens. Er lehnt die Pariser Satzung trotz ihrer erheblichen Mängel nicht grundsätzlich ab. Er betont die Notwendigkeit, die Satzung selbst zu einer wirksamen Waffe der internationalen Rechtsbewahrung umzuwandeln. Der Kongress fordert die Erweiterung der Pariser Völkereidbündnisse durch einen Weltfriedensvertrag, einen ständigen internationalen Gerichtshof, einen unparteiischen obersten Vermittlungsrat und durch ein allen Staaten aufzuerlegendes Verbot der Wehrpflicht.

Graf Kehler (Berlin) sprach sodann über: „Der Völkereid als Wirtschaftsbund und Arbeitsgemeinschaft.“ Seine geistvollen Ausführungen gipfelten in einer ohne Ausnahme angenommenen Entschlossenheit, in der es heißt:

„Der Störenfried der Welt ist der Imperialismus, der dauernde Nahrung empfängt, solange das natürliche Bedürfnis der Völker nach wirtschaftlicher Wohlfahrt nicht gestillt ist. Wirtschaftliche Wohlfahrt in der Welt kann nicht gedeihen, solange wirtschaftliche Interessengruppen die Machtmittel der Staaten beugen, um in ihrem engeren Wirtschaftsgebiet die Ausbeutung der Bürger anderer Staaten durch willkürliche Zuteilung von Rohstoffen und Sperrung von Absatzmärkten vorzunehmen. Der 2. deutsche Pazifistenkongress beauftragt einen noch einzusetzenden Ausschuss, mit den pazifistischen Organisationen der anderen Länder Fühlung zu nehmen und bei den nationalen und internationalen Organisationen der Hand- und Koppfarbeiter Schritte zu tun, damit eine gemeinsame Aktion in diesem Sinne in die Wege geleitet und bis zur Erreichung des Zieles durchgeführt wird.“

In der Nachmittagsitzung kam es zu einer erregten Aussprache über ein Mißtrauensvotum, das die Berliner radikalen Ortsgruppen gegen die Geschäftsleitung beantragt hatten. Vor allen Dingen sollte der Vorsitzende, Professor Duidde, aus dem Präsidium beseitigt werden; an seine Stelle sollte der radikale Pfarrer Bleyer gesetzt werden. Die sehr stürmischen Debatten zogen sich bis abends 10 Uhr hin. Die Abstimmungen ergaben für Duidde 129, für Pfarrer Bleyer 60 Stimmen. Damit ist Duidde wieder zum Vorsitzenden neben Dr. Helene Stöcker und Helmuth v. Gerlach gewählt worden. In der Opposition besteht allerdings noch immer der Gedanke, sich von der Mehrheit zu trennen. Der Zankapfel ist besonders die Wehrzwangsfrage. Die Opposition wünscht, daß die Pazifisten alle Leute ausschließen, die nicht gegen jede Miliz Stellung nehmen.

Sächsische Arbeitervertretung in Berlin.

Die sächsische Regierung wird bei der sächsischen Gesandtschaft in Berlin eine besondere Stelle zur Vertretung der Interessen der sächsischen Arbeiterchaft bei der Reichsregierung errichten. Zum Inhaber dieses Postens ist der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer ernannt worden.

Buchstabengauber.

Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, haben sich in Stettin zur Wahl von politischen Arbeiterräten zusammengesetzt: A. P. D., R. A. P. D., U. A. U. und J. S. J. Es sind noch einige Buchstabenzettel mehr, aber die haben sich nicht entziffern lassen. Jedenfalls wird der Politiker gut tun, zu U. S. P. D., R. A. P. D. und R. A. U. D., die er schon einigermaßen kennt, nun noch dazu zu lernen U. A. U. (Allgemeine Arbeiter-Union) und J. S. J. (Freie Sozialistische Jugend). Wer ein wirklicher Revolutionär ist, darf nicht daran zweifeln, daß die wirklich klassenbewußte Arbeiterbewegung bei der Zersplitterung in möglichst viele Buchstabenzettel glänzend gedeihen wird.

Protestversammlung der Berliner Beamtenchaft.

Der deutsche Beamtenbund hat Sonntag in Berlin drei große Protestversammlungen veranstaltet, die sämtlich bis auf den letzten Platz besucht waren. Es wurde überall eine Entschlossenheit angenommen, in der der Abbau der Lebensmittelpreise verlangt und gegen die von den Regierungsvertretern geübte Verhandlungsmethode gegenüber den Beamtenvertretern in der Frage des Betriebsrätegesetzes protestiert wird. Weiter wurden Maßnahmen zur Verhütung des vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Beamtenchaft gefordert und verlangt, daß die Reichszentralstelle für Beamtenfragen endlich in Wirklichkeit trete.

Ein gegenrevolutionäres Waffenlager in der Schule.

Auf dem Gute Maulen, Kreis Königsberg i. Pr., ist am 25. September die dortige Schule niedergebrannt. Wegen 10 Uhr abends wurden plötzlich die Bewohner der Ortschaft und der Umgebung durch fortgesetztes Krachen und Knattern in Schrecken und Aufregung versetzt. Die Schule stand in hellen Flammen. Von Zeit zu Zeit erfolgten immer neue Explosionen. Es stellte sich heraus, daß im Schulhause, in einem Raum, dicht neben dem Klassenzimmer, in welchem tagsüber eine Anzahl Kinder unterrichtet wurden, sich ein Waffen- und Munitionslager der geheimen militärischen Organisation der Gegenrevolution befand. Dort waren von dem Leiter der Truppe, dem Inspektor Kattelat, in Gemeinschaft mit dem Lehrer an der Schule eine große Menge Gewehre, Maschinengewehre, Infanteriemunition, Handgranaten und andere Sprengstoffe verborgen worden. An ein Löschen des Brandes war wegen der damit verbundenen Lebensgefahr nicht zu denken. Die Größe des Lagers mag man daran ermessen, daß noch am Sonntagvormittag unter den Trümmern einzelne Explosionen erfolgten.

Die Verbreiter, die eine Schule als Munitionslager benutzten, gehörten vor das Schwurgericht. Namenloses Elend hätte entstehen können, wenn die Explosion während des Unterrichtes erfolgt wäre.

Schulstreik in Eberfeld.

In Eberfeld sind etwa 4000 Schulkinder nach vorangegangener Umzüge mit den Eltern durch die Stadt in den Schulstreik eingetreten. Es wird die sofortige Einschränkung der weltlichen Schule verlangt, während die Schuldeputation die Einführung erst zum 1. April 1921 beschlossen hat. Eine Abordnung unterbreitete im Rathaus dem Schuldeputierten 5 Forderungen, in denen neben der freien Schule auch die Mitarbeit von Vertretern der freien Schulgesellschaften bei Errichtung der weltlichen Schule verlangt wird. Der Schuldeputierte sicherte zu, die Schuldeputation sofort einzuberufen und ihr die Forderungen zu unterbreiten.

Kleine politische Nachrichten.

In finnlandischen Regierungskreisen besteht die Absicht, die Frage der Unterzeichnung des Friedens mit Sowjetrußland dem finnlandischen Reichstag vorzulegen, der demnächst zusammentritt. Die französischen Blätter melden, daß Generalle Rond nach Oberschlesien zurückgekehrt ist. Der Abstimmungstermin werde in dieser Woche festgesetzt werden. Bekanntlich ist gegen das Urteil des Kriegsrates, das gegen die Mitglieder des Studentenkorps Marburg zusammengetreten war, Einspruch erhoben und das Verfahren dem Schwurgericht in Kassel überwiesen worden. Die Verhandlungen, die ursprünglich am 18. Oktober beginnen sollte, ist nunmehr auf

Witte November verschoben worden, da seitens des Verteidigers, Rechtsanwalt Lütgebrunn-Willingen, der Staatsanwaltschaft sehr umfangreiches Entlastungsmaterial überreicht worden ist.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Teheran meldet, er habe an maßgebender Stelle erfahren, daß die Bolschewisten bei einer Konferenz mit der Regierung von Aserbeidschan in Baku beschlossen hätten, ihren Selbstauplan gegen Persien aufzugeben und Baku an Aserbeidschan abzutreten.

Aus Santiago de Chile wird gemeldet, daß Sennar Alessandri zum Präsidenten der Republik Chile gewählt worden ist.

Dänemark.

Die Landstingwahlen.

Die Wahlen zum Landsting sind Freitag beendet worden. Demnach besteht der Landsting aus 13 Konservativen, 8 Radikalen, 22 Sozialisten, 31 Mitgliedern der Linken. Zwei Wahlkreisluste stehen noch aus. Der bisherige Landsting bestand aus 14 Konservativen, 8 Radikalen, 19 Sozialisten, 31 Mitgliedern der Linken. Infolge der Rückkehr Südschwedens ist die Anzahl der Landstingsmandate um vier erhöht worden.

Italien.

Der Moskauer Spaltplatz.

Nach vierstägiger Aussprache hat eine Konferenz der sozialistischen Parteien, an der, allerdings ohne Stimmrecht, auch die sozialistische Kammergruppe und die Zentralleitung der Gewerkschaften teilnahmen, mit 7 gegen 4 Stimmen die radikalste Unternehmung der Partei unter die Diktatur Lenins beschlossen. Die Frage der Parteisplaltung wird aber erst endgültig auf dem Parteitage erledigt werden, der vom 29. Dezember bis 3. Januar in Florenz stattfindet. Infolge dieses Beschlusses stellte der Leiter des „Avanti“, Serrati, sein Amt zur Verfügung. Die Parteileitung ersuchte ihn, die Leitung des „Avanti“ bis zum Zusammentritt des Parteitages beizubehalten.

Drohender Streit der Seeleute.

Französischen Blättern zufolge droht in Italien eine neue Krise. Die Seeleute haben durch die Beschlagnahme von Schiffen und Verhinderung der Belieferung der Ladung den Verkehr in den großen italienischen Häfen, besonders in Genua, lahmgelegt. Die für die Schweiz bestimmten Ladungen gehen infolgedessen jetzt nach Marseille, statt nach Genua. Die großen Reedereien vermeiden die italienischen Häfen. Nun haben die Hafenarbeiter von Genua das russische Schiff „Rodofo“ besetzt und die Maschinen zerlegt. Die Regierung ließ deswegen 60 Personen verhaften. Die Führer der Seeleute forderten ihre Freilassung und erklärten, daß die Besetzung erfolgte, weil das Schiff die zaristische russische Flagge führte. Man befürchtet einen allgemeinen Streit der italienischen Seeleute.

Blutiger Zusammenstoß.

In Grosseto (Toskana) kam es zwischen einer kleinen Gruppe von Arbeitern, die unter dem Gesang anarchistischer Lieder die Straßen durchzogen, und der Polizei zu einem Zusammenstoß, wobei ein Eisenbahnarbeiter verhaftet wurde. Als mehrere Manifestanten die Befreiung des Verhafteten erzwingen wollten, machte die Polizei zu ihrem Schutze von der Waffe Gebrauch, wobei ein Eisenbahnarbeiter erschossen wurde. Daraufhin wurde ein 24stündiger Streik verkündet, der sich auch auf die Eisenbahn erstreckt.

Belgien.

Bergarbeiterstreik in der Borinage.

In der Borinage streiken 30 000 Bergarbeiter.

Spanien.

Neuwahlen.

Der König von Spanien unterzeichnete Sonnabend das Dekret über die Auflösung des Parlaments.

England.

Eine neue Abstimmung unter den Bergarbeitern.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, wird die zweite Abstimmung unter den englischen Bergarbeitern über die Frage, ob der Vorschlag der Bergwerksbesitzer angenommen werden soll oder nicht, am 11. und 12. Oktober stattfinden. Englische Blätter sind der Ansicht, daß die Gefahr eines Streiks jetzt vorüber sei. In der Grafschaft Glamorgan ist ein weiterer Bergarbeiterstreik ausgebrochen.

Der Sinnfeindkrieg in Irland.

Bei einem Angriff auf eine Polizeipatrouille in Sligo wurde der Polizeinspektor erschossen, ein Polizist schwer und ein anderer leicht verwundet. In Clare wurden zwei unbewaffnete Polizisten getötet.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 4. Oktober.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 11. d. M. abends 6 Uhr statt.

Um Lübeds Zukunft.

Die Halbmonatsschrift des Norddeutschen Hansabundes, „Freie Bahn“, hat bei den führenden Männern aus Lübeds Handels- und Industriewelt eine Umfrage veranstaltet und sich erkundigt, wie sie sich Lübeds Stellung in der neuen deutschen Volkswirtschaft denken. Im Oktober-Fest des großkapitalbesessenen Hansabundes sind nun eine Reihe Ausstellungen verzeichnet, die ganz interessant sind, und in denen die Unternehmerlust der hanseatischen Kaufleute zum Ausdruck kommt. Aber auch noch etwas anderes bemerkten wir gleich auf der ersten und zweiten Seite: Die Abneigung des Großkapitals gegen die jetzige Regierungsform und der Unwille über das Steuerwesen. Dem schrankenlosen Gelderwerb huldigenden Kapital sind diese Punkte etwas unangenehm. Es hat aber nichts dagegen, wenn dem Arbeiter, Beamten und Angestellten der letzte Groschen nachgerechnet wird, den er an den Staat abzuliefern hat. Unbeschränkt im eigenen Tun und Handeln, ablenkend gegen jede Einmischung der tätigen Mitwirkenden und des Staates, liegt dem Industrie- und Handelskapital im Fleisch und Blut. Am auffälligsten nach dieser Richtung hin hat sich der Inhaber des Drägerwerkes, Dr.-Ing. B. Dräger, geäußert. Er schreibt u. a.: „Schon rüsten sich wie in früheren Jahrhunderten Engländer, Holländer und auch deutsche Hafenstädte an der Ostsee, um den zukünftigen Großhandel durch die Ostsee aufzunehmen. In Lübed heute auf dem Absterben, so kann es die erste Stelle bei diesem Wettbewerbs erringen. An Männern und Mitteln fehlt es in Lübed nicht, die imlande sind, die Zukunft Lübeds zu sichern; wohl aber muß eine geübte Regierung und Gesetzgebung dafür sorgen, daß diese Männer im freien Spiel der Kräfte schaffen können. Insbesondere muß die Steuererleichterung mehr Platz halten und dem

freien Kaufmann, Fabrikanten oder Unternehmern vor Hauptan-
teil des Erfolges seiner Arbeit in Händen liegen; die Einkünfte
des Reiches an Steuern und Abgaben würden dann größer sein
als unter dem jetzigen Steuerdruck, der dem Unternehmer nichts
lassen will. Die Bedrückung der Wirtschaft durch das Einkommen-
die Kopfsteuer und die Ernährungsfragen mag eine ernste Hem-
mung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sein; die
Steuerbedrückung der inaktiven Träger der Wirtschaft ist eine
ernstere. Das gilt allgemein, besonders jedoch für den Kaufmann
in einer Hafenstadt wie Lübeck, die durch ihren Außenhandel dem
deutschen Wirtschaftsleben neues Blut in Gestalt eines reichen
Zutrommes ausländischen Geldes für ausgeführte Waren oder in
Gestalt von Rohmaterial und Waren des Inlandsbedarfs zufüh-
ren soll.

Der Präses der Lübecker Handelskammer und Mitinhaber der
großen Holzfirma Havemann u. Sohn, Hermann Eichen-
burg, schreibt u. a.: Bedingung für Lübecks Zukunft als See-
handelsplatz ist in erster Linie der Fortfall der heutigen schweren
Hemmungen des Außenhandels, d. h. die Wiedergeburt der in-
neren deutschen Wirtschaft und die Wiedergeburt der deutschen
Ausfuhrfähigkeit, ferner die damit Hand in Hand gehende Wesse-
nung der deutschen Währung, nicht zum mindesten auch die endliche
Wiederherstellung der freien Wirtschaft. ... Erste Voraussetzung
zur Wiedererlangung der Bewegungsfreiheit ist die planmäßige
Ausgestaltung der heutigen Binnenwasserstraßen zu einem ein-
heitlichen Reichswasserstraßennetz, welches vor allem die deutschen
Seehäfen in sachgemäßer und gerechter Weise mit dem deutschen
Hinterlande verbindet. ... Weiter bedauert Präses Eichenburg,
daß die amtliche preussische Denkschrift über den Mittelkanal
bitter wenig über den Anschluß Hamburgs wie Lübecks enthalte
und fordert die Einbeziehung des Rhesbundes Nord-Süd-Kanals
in das gleichfalls von Rhesbundes vorgeschlagene großräumige deutsche
Hauptwasserstraßennetz zwischen der Rüste und dem Main, dem
Rhein und der Elbe; ferner die zielbewußte Übertragung der
Grundzüge deutscher Eisenbahntariffpolitik auf die deutschen Wasser-
straßen. Gelangt dieses Projekt zur Durchführung, so wird das
gesamte Rheins-Main-Elbegebiet bis zur Donau in nahezu
gleichwertiger Weise an die deutschen Seehäfen angeschlossen.
Lübeck würde hieraus die gleichen Vorteile ziehen wie Hamburg
und Bremen oder wie Stettin aus der Verbindung mit dem Märk-
ischen Wasserstraßen. Falls überdies die erlangten erwünschten
Hemmungen fort und erwachsen schließlich aus der Wiedergeburt
Ruhlands dem Ostseehandel neue wichtige Impulse, so wird
das Lübeckische Handelsgebiet wieder vollen Wind in den Segeln
haben wie in den besten Zeiten von Lübecks Vergangenheit.

Senator Friedrich Emers, Vorsitzender des Lübecker
Industrievereins, lenkt die Aufmerksamkeit auf die günstigen Be-
dingungen der Hansestadt für eine industrielle Welleistung Ruh-
lands. Er weist auf den direkten Ein- und Verkauf der binn-
ländischen Handelshäuser und der Großindustrie im Auslandsver-
kehr hin und betont, daß in Lübeck der alte Eigenhandel, so sehr
er in einzelnen Geschäftszweigen nach wie vor blüht, ohne Frage
an das Speditionsgeschäft, Agentur- und Kommissionsgeschäft viel an
Boden verloren habe. Allerdings sind die Warenumsätze hier-
durch ganz wesentlich gestiegen, aber der Nutzen am einzelnen
Geschäft ist bei jenen Hilfsgehilfen des Handels naturgemäß
wesentlich geringer. Für den Verkehr mit den nordischen Län-
dern wird auch die Zukunft an dieser Entwicklung wenig ändern.
Inwiefern das wiedererstehende Rußland für einen neuen Eigen-
handel bessere Möglichkeiten bieten wird, entzieht sich im einzel-
nen meiner Beurteilung. Jedoch bin ich überzeugt, daß sich hier
auf weiten Gebieten Neuland ergeben wird, dessen erfolgreiche
Bestellung eine vornehme Aufgabe gerade der Lübecker Kauf-
mannschaft sein muß. In bezug auf die industrielle Entwicklung
Lübecks lenkt Emers die Aufmerksamkeit auf Rußland. Er sagt:
Vor allem bleibt zu berücksichtigen, daß die industrielle Entwic-
lung Rußlands durch die Revolution sehr unterbrochen und um
Zehnjahrte zurückgeworfen worden ist. Viele in Rußland selbst
verarbeitete Rohwaren werden ihre industrielle Weiterverarbei-
tung in Deutschland suchen, und in umgekehrter Richtung
bedingt die gänzliche Entblößung des russischen Marktes an ferti-
ger Industrieware große Möglichkeiten für eine Rüstindustrie,
welche sich auf diesen außerordentlich entwicklungsfähigen Bedarf
einustellen vermag. Von dieser weitgehenden Verschiebung der
Verhältnisse wird Lübeck erheblichen Nutzen ziehen können, wenn
man es in Lübeck versteht, sich dieser Veränderung der Lage ver-
ständnisvoll und zielbewußt anzupassen.

Ueber die gesteigerte Bedeutung des Speditionsgeschäfts, Agentur-
und Kommissionsgeschäftes schreibt die Firma Charles Pettit
u. Co. u. a.: Für Lübeck und seine Spezialinteressen spielen die
Ostseeländer eine Hauptrolle. Die Exportmöglichkeit nach diesen
Ländern hängt in erster Linie von der Valutafrage ab. So
lange der Markkurs niedrig stand, herrschte ein ziemlich lebhafter
Export vor. Das Anziehen des Marktkurses hat dagegen neuer-
dings eine Einschränkung der Ausfuhr zur Folge gehabt. Außer-
dem zeigt es sich, daß die Kaufkraft im Norden gesunken ist.

Dazu kommt, daß jetzt die deutsche Ausfuhrabgabe für alle
ausgehenden Sendungen nach dem Ausland erhoben wird. Mächtige
dieselbe anfangs infolge teilweiser Verschleuderung von deutschen
Waren gerechtfertigt erscheinen. So ist diese neue Regel nunmehr
infolge Hebung der deutschen Valuta geradezu als eine Unter-
bindung der Ausfuhr anzusehen. Eine nennenswerte Belebung des
Ostseehandels hatte der Friedensschluß bisher nicht zur Folge.
Sie kann erst eintreten, wenn eine Gesundung unserer Währung
die deutsche Kaufkraft gegenüber den nordischen Ländern stärkt,
wenn ferner eine durchgreifende Belebung der deutschen Aus-
fuhrherzeugung den in die Ostsee gerichteten deutschen Warenstrom
wieder anschwellen läßt und wenn Hand in Hand damit die be-
dürftliche Bedormung des deutschen Außenhandels fällt.
Allerdings wird der internationale Wettbewerb im Ostseeggebiet
scharfe Formen annehmen, und auch die einzelnen deutschen
Hafenplätze werden sich miteinander ringen. Aber ein neues,
unermesslich weites Betätigungsfeld bietet das doch schließlich mit
Stärke wieder erstarrende Rußland. Erwaßt nach endlicher
Herstellung der inneren Ordnung früher oder später Rußland,
und neben ihm Polen, zu neuem starken Leben, so muß der Ost-
seehandel weit über seine früheren Grenzen hinaus eine starke
und wachsende Belebung erfahren. Dafür, daß Lübeck an diesem
Ostseehandel den nach seiner verkehrsgeographischen Lage ihm
dauernd gebührenden Anteil nimmt, wird eine zielbewußte und
großzügige innere Verkehrspolitik des Reiches Sorge tragen
müssen.

Wie schon eingangs erwähnt, ist die Stimmung der Handels-
und Industriemittel für die Zukunft Lübecks gehoben. Der allge-
meine Warenhunger muß durch rasche Arbeit gestillt werden.
Am Wiederaufbau mitzuwirken, wird Pflicht jedes einsichtigen
Menschen sein. Daß die Warenherzeugung und Warenvermitte-
lung aber nicht zu einem allgemeinen Raubzug auswächst, bei dem
die produktiven Tätigen die Leidtragenden sowohl in der Erzeugung
wie in der Verteilung sind, dafür muß ihr fester Zusammenhalt
sorgen. Das Großkapital wittert Morgenluft, seien wir nicht un-
tätig. Denn gerade im Hanja-Bund vereinigen sich unterneh-
merische Leute, die sich nicht nur für den Handel interessieren,
sondern die ihre erworbenen Kapitalien und ihre Macht auch zu
sehr reaktionären Zwecken zu gebrauchen verstehen.

Eine Sitzung des Landesverwaltungsamtes

sand heute vormittag statt. Herr Senator Dr. Stooss verlas
zunächst ein längeres Schreiben des Herrn Räte, in dem dieser
hervorhebt, er habe den Artikel im „General-Anzeiger“: „Unter
den Kulissen“ veröffentlicht, um die Interessen der Allgemeinheit
zu wahren und um Mißstände zu beseitigen. Senator Dr. Stooss
bemerkte dazu, daß in diesem Schreiben auf zwei der wichtigsten
Punkte nicht eingegangen sei. Nach kurzer Debatte in welcher
u. a. betont wurde, der Artikel sei ohne genügende Informationen

an maßgebender Stelle veröffentlicht und habe lebhaft ein Ge-
spräch eines Mitgliedes der Preisfestlegungskommission zur Ver-
anlassung, wurde über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über-
gegangen. Darauf berichtete Senator Bromme über die Ver-
sicherung in Berlin stattgefundenen Reichsernährungskonferenz, worüber
in unserem Blatte bereits ein Bericht erschienen ist. Insbe-
sondere ist dort über den Kartoffelpreis verhandelt
worden. Die Vertreter der Gewerkschaften haben in einer statt-
gefundenen Konferenz einen Preis von 25 Mt. zugestimmt.
Dieser Preis sei auch auf der Reichskonferenz beschlossen worden.
Wo höhere Preise verlangt und gezahlt werden, soll mit aller
Schärfe dagegen eingeschritten werden. Viele Landesvertreter,
darunter auch der Lübecker, hätten einen Einheitskartoffelpreis
für die laut Vertrag zu liefernden Kartoffeln und für diejenigen
im freien Handel verlangt. Nach der Preisfestlegung von 25 Mt.
pro Zentner im freien Handel sind die Vertragskartoffeln 5 Mt.
teurer. Die einzelnen Landesvertreter traten nun dafür ein,
daß das Reich diese Differenz tragen solle. Lübeck ist von Wommern
und Brandenburg bisher nicht immer mit einpoundreien Kar-
toffeln beliefert worden. Die Reichskartoffelstelle will dahin
wirken, daß zukünftig nur gute lagerfähige Ware geliefert wird.
In mehreren Ländern haben die Landwirte für die ärmere
Bevölkerung pro Morgen 5-10 Zentner zu niedri-
gerem Preise zu liefern sich bereit erklärt. Das
müsse auch in Lübeck durchgeführt werden.
Herr Senz erklärte: Die Kartoffelernte im läbischen Gebiet sei
die schlechteste seit Jahrzehnten, sie sei unter Mittel ausgefallen
und decke größtenteils nur den eigenen Bedarf. Wo ein Ueber-
schuß vorhanden sei, seien die Kartoffeln bereits ausverkauft,
so daß eine weitere Ablieferung nicht möglich wäre. Auf einen
von ihm erlassenen Aufruf hin wären von den Landwirten 130
Zentner (11) für die Unbemittelten unentgeltlich eingegangen.
Mehr als 400 Zentner könnten aber voraussichtlich unentgeltlich
nicht geliefert werden. — Herr Lauenstein betonte, daß für
die Versorgung der Winderbemittelten alles, was irgend möglich
ist, getan werden müsse. — Senator Senz berichtete dann über
die Verhandlungen der Reichskonferenz bezüglich der Brot-
versorgung. Ohne Erhöhung der Brotration sei von der
überwogenen Mehrheit der Landesvertreter gefordert worden.
Die Vertreter der Reichsgetreidestelle hätten demgegenüber
darauf verwiesen, daß bei der geringen Ernte in
diesem Jahre eine Erhöhung schwer möglich sei. Die
Erhöhung auf 800 Gramm pro Kopf belaste das Reich im Jahre
mit etwa 80 Millionen Mark. Die Ausmahlung des Getreides
ist von 90 auf 85 Prozent herabgesetzt worden. Auch die Brot-
streckung wurde festgelegt. Die Kommunalverbände sind aber be-
rechtigt, weitere Streckungen vorzunehmen. Die dadurch erzielten
Gewinnsteile stehen zu ihrer Verfügung. Ein besseres Köch-
mehl von 125 Gramm pro Kopf soll zukünftig verab-
folgt werden, dessen Preis sich pro Pfund auf 5,50 Mark
bis 6 Mark stellen wird. Allgemein kam auf der Reichs-
konferenz der Wunsch zum Ausdruck, die Ration des Rogteins
auf 160 Gramm zu erhöhen. Eine Prüfung sowohl dieses
Wunsches, wie auch des Wunsches der Erhöhung der Brotration
überhaupt, hat die Reichsgetreidestelle zugesagt. Bezüglich des
Ruchendachverbotes bleibt es wie bisher. In Lübeck dürfen nur
Rundbrotarten Ruchen herstellen. — Genosse Salamon be-
mängelte den hohen Preis des Rogteins. Winder-
bemittelte würden sich das teure Mehl nicht kaufen
können. Mit solcher Preispolitik müsse endlich
aufgeräumt werden. Genossin Mengel kritisierte die geringe
Ablieferung von Getreide seitens einiger Landwirte. In Mecklen-
burg sei im Schlechthandel genügend Brot zu haben. Ein Beweis,
daß die Landwirte ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllen. Die
Vertreter der Landwirte klagen über die hohen Preise des künst-
lichen Düngers. Vielen Landwirten fehle das Geld dafür. Die
Produktion müsse daher stark zurückgehen. — Senator Senz
betonte u. a.: Die Erhöhung der Milchpreise sei bisher stets
von Schleswig-Holstein ausgegangen. Zukünftig sollten
größere Wirtschaftsgebiete für die Milchversorgung geschaffen
werden. Für Nährmittelfabrikate soll die Zwangswirtschaft größtenteils
aufgehoben werden. Die Nährmittelfabriken erhalten Be-
zugsscheine für ihre Waren. Zum Schluß kritisierte Genosse
Salamon die in letzter Zeit eingetretene Preissteigerung bei
Schmalz, Erbsen usw. Ihm wurde erwidert, daß bezüglich des
Schmalzes die gefallene Valuta den Preis erhöhe.

Schwurgericht. Wegen Anstiftung zum Kindes-
mord wurde heute vormittag unter Ausschluß der Öffentlichkeit
gegen den 57 Jahre alten Arbeiter Stehmann verhandelt, der
die zu Anfang dieser Schwurgerichtsperiode wegen Kindesmord-
versuchs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte Schnittlerin Meyer,
zu der Tat angestiftet und verleitet haben soll. Der Angeklagte
hat nach einem Zerwürfnis mit der M., wie wir berichteten,
Mord zur Anzeige gebracht. Er bestritt in der Verhandlung, die
ihm zur Last gelegte Tat begangen zu haben. Frau M., die jetzt
als Zeugin vernommen wurde, behauptete ebenso wie in dem
ersten Prozeß, daß St. sie zu der Tat überredet habe. Der
Staatsanwalt eruchte die Geschworenen, die Schuldfragen zu
bejahen, während der Verteidiger für Verneinung eintrat. Die
Geschworenen bejahten nach kurzer Beratung die Frage auf vor-
sichtiger und überlegter Anstiftung zur Mordtat. Der Staatsanwalt
beantragte 4 Jahre Zuchthaus. Das Gericht er-
kannte auf die beantragte Strafe und auf 10
Jahre Ehrverlust. — Die Verhandlung gegen den Sekretär
Weißbrock wegen Amtsunterschlagung wurde ausgesetzt, da der
Angeklagte nicht erschienen war.

Aus Liebeskammer den Tod gesucht. Zu der kürzlich unter
obiger Stichmarke veröffentlichten Notiz werden wir von den
Angehörigen des Mädchens ersucht, mitzuteilen, daß der Geliebte
des Mädchens kein Chauffeur war, sondern ein Herr, der mit
dem Automobilwesen in Beziehungen steht.

Diebstähle. Aus einem Lagerstuppen in der Kanalkstraße
sind 50 fast neue Säcke und aus dem Ankleideraum der E. Z.
Charlottenplatz eine große silberne Taschenuhr mit Stoppwerk ge-
stohlen worden. — Vom Garderobenstander eines hiesigen Cafés
ist ein grauer gefütterter Overcoat, in dessen einen Seitentasche
sich ein Stiegelring mit grünem Stein befand und ein gelber
Stoß mit silbernem Ring gestohlen worden. — In einem Kolo-
nialwarengeschäft in der Fischergrube wurde eingebrochen. Den
Dieben fielen 10 Pfund Weizenmehl, 20 Pfund Kartoffelmehl, 20
Kilogramm Kornkaffee, 7 Feinbröte und 200 Pfund Zucker in die Hände.

Großer Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum 8. d. Mt.
sind mittels Einbruchs in einem Hause in der Eichenburgstr.
drei Hochart-Teppiche, ein Derrnsmantel, ein Weizmantel, ein
Eidertrager, ein grauer Samtmantel, ein blauer Damenmantel,
ein schwarzer Smoking-Anzug, eine schwarze Stabluhr mit silber-
ner Kette, eine große Anzahl silberner Uhrengehäuse, Servietten-
ringe, Löffel, Besteck usw., sowie eine Handtasche mit 90 Mt. In-
halt gestohlen worden. 1000 Mt. Belohnung sind ausgesetzt.

Festgenommen wurde der Hilfsmonteur E. aus Dohoran
und der Arbeiter R. aus Lübeck, die vor einiger Zeit ein größe-
res Quantum Zigaretten von einem hiesigen Schankwirt erhalten
hatten, um diese zu verkaufen. Den Erlös hatten sie verjubelt und
waren nach Hamburg abgereist. — Festgenommen wurde ein Ar-
beiter aus Zeuthendorf, der aus der Strafanstalt Albstreitig und
ein russischer Kriegsgefangener, der aus dem Kriegsgefangenen-
lager in Wasmith entwichen war. — Festgenommen wurden drei
Arbeiter, weil sie sich in einem Lagerstuppen bei der Alten Kar-
lerne eingeschlichen hatten, um dort zu übernachteten. Der Lager-
stuppen, in dem Holzstöße aufbewahrt wird, wird von Obdach-
losen öfters aufgesucht.

**Bermittelt wird seit dem letzten Dienstag der 23jährige Gloden-
gänger Karl Quandt, Langer Röhberg 16. Da der Vermittler an-
sich selbst und in den letzten Tagen über sehr starke Kopf-
schmerzen klagte, liegt die Vermittlung nahe, daß ihm ein Unfall
zugeschrieben ist. Am Angaben über den Verbleib des Quandt er-
hellt die Kriminalpolizei. Befreiung: 157 Meter, hat**

dunkles Haar, dunklen Schnurrbart, helle Gesichtsfarbe, schmales
Gesicht und an beiden Wangen Schmutz. Bekleidet ist er mit
abgeändertem Militärrock, blauer Weste, Militärreithose, Reit-
stiefeln und schwarzer Schürmühle.

Angrenzende Gebiete.

Suhl. Nach Schrebergärten besteht, wie in der letzten
Sitzung des Stadtparlaments mitgeteilt wurde, eine über-
aus große Nachfrage. Es haben sich bereits gegen 200 Wächter ge-
meldet. Das hat den Magistrat veranlaßt, das ursprünglich be-
stimmte Gelände noch um etwa 10 Tonnen vom benachbarten
Friedrichshagen über zu vergrößern; die Gärten sollen durch-
schnittlich 620 Quadratmeter umfassen, doch sollen auch einige
kleinere angelegt werden. Einmündig bewilligte die Verlesam-
lung zur Ausführung dieses Projektes eine Anleihe von 52 000
Mark. Des weiteren wurde die Aufnahme einer Anleihe von
50 000 Mark zwecks Ausbaus von Wohnungen genehmigt. Aus
der Versammlung heraus wurde ein unbarmherziges Zugreifen
bei sog. Zwangsquartierung gefordert, denn es sei eine mora-
lische Pflicht der Hausbesitzer, auch ihrerseits zur Minderung der
allgemeinen Wohnungsnot beizutragen. Bürgermeister Wahlstedt
plaut in nächster Zeit eine Beiprofung mit dem Bauunternehmer
und Bauhandwerker Gutins über die etwaige Herstellungsmög-
lichkeiten von Mietwohnhäusern in einfacher Form; es würde
durch dieses Projekt gegebenenfalls der Wohnungsnot und eben-
falls der Arbeitslosigkeit in der Baugewerbe wenigstens etwas abge-
holfen. Angeregt wurde auch, daß die Stadt der Erhebung einer
Zimmersteuer nähertritte, wodurch sich viele Inhaber großer Woh-
nungen gewiß veranlaßt sehen würden, überflüssige Zimmer weiter
zu vermieten, um für diese die Steuer zu sparen. — Einer Ein-
gabe des Reichsbundes der Kriegsteilnehmer, dahingehend, den
Kriegshinterbliebenen ein Quantum Rots gratis zu liefern, wird
grundsätzlich zugestimmt, doch soll noch der Magistrat und die be-
treffende Kommission die Bedürftigkeit jedes einzelnen Falles
prüfen.

Kiel. Eine Konferenz der Landarbeiter, an der
Vertreter der Streikenden aus der Umgegend von Herbol
und eine Reihe von Vorsitzenden aus den umliegenden Orts-
gruppen der Nachbarkreise teilnahmen, befaßte sich mit dem
Streik in Wankendorf. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der
es heißt, daß der wilde Streik von gewerkschaftlichen Grund-
sätzen nicht gutgeheißen werden kann, weil er die Organisation schädigt.
Es wurde beschlossen, daß die Arbeit auf allen Höfen sofort wieder
aufzunehmen sei. Die Guleitung wird beauftragt, nach
Wiederaufnahme der Arbeit sofort mit dem Arbeitgeber-Verband
und den in Frage kommenden Besitzern in Verhandlung zu treten,
um Abregelungen zu vermeiden. Weiter ermahnt die Konferenz
ihre Kollegen, die Organisation zu stärken, jede Zerstückelung
zu vermeiden und vertrauensvoll mit der Guleitung Hand in
Hand zu arbeiten.

Burg a. F. Die Brandstifterin ermittelt. Als
Überbrin der letzten Brandstiftungen auf Sehmarn, wobei erheb-
liche Mengen an Entvorräten vernichtet wurden, ist jetzt die
28jährige Landmannstochter Johanna Kart in Schlagsdorf
ermittelt und verhaftet worden. Sie hat u. a. auch versucht, ihr
Elternhaus in Brand zu stecken, doch konnte das Feuer rechtzeitig
gedrückt werden.

Hamburg. Festnahme einer Güterräuberbande.
Hier ist eine Güterräuberbande aufgehoben worden, die den Ver-
such gemacht hat, die Eisenbahnverwaltung um Millionenwerte
zu schädigen. Als Täter kommen zwei Eisenbahnarbeiter, ein
Kaufmann, ein Drogist, ein Friseur, ein Expedient und ein ebe-
nmaliger Eisenbahnhilfsarbeiter in Betracht. Die Bande arbeitete
mit gestohlenen und gefälschten Frachtbriefen, wodurch es ihr er-
möglicht wurde, eine Partie Leder im Werte von über 430 000
Mark sowie eine Sendung Handschuhe im Werte von mehr als
einer halben Million in die Hände zu bekommen. Die Betrüger
wurden verhaftet. Das Leder konnte wieder herbeigeschafft
werden.

Neueste Nachrichten.

Verschiebung der internationalen Bergarbeiterkonferenz.

II. Böhmen, 4. Oktober. Der internationale Bergarbeiter-
kongreß hatte bekanntlich in Genf beschlossen, daß der interna-
tionale Bergarbeiterkongreß innerhalb zwei Monaten nach der
Genfer Tagung zusammenzutreten habe, um den Stand der So-
zialisierung in den verschiedenen Ländern zu prüfen. An-
schließend an den Kongreß hatte dann der internationale Aus-
schuß in einer konstituierenden Sitzung beschlossen, am 15. Oktober
in London zusammenzutreten. Die Einladungen waren auch be-
reits ergangen. Jetzt ist die Londoner Konferenz, wohl mit Rück-
sicht auf die schwebenden Streitigkeiten im englischen Bergbau,
durch telegraphische Benachrichtigung der beteiligten Organisa-
tionen auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Protest der Deutsch-Böhmen.

II. Wien, 4. Oktober. Die deutschen Abgeordneten und
Senatoren der tschecho-slowakischen Nationalversammlung haben
an den Völkerverbund eine Denkschrift gerichtet, in der sie zunächst
gegen die Einverleibung von 6 Millionen Deutschen in die tschecho-
slowakische Republik protestieren. Sie klagen dann vor aller Welt
die tschecho-slowakische Regierung an, daß sie in den ersten drei
Halbjahren ihres Bestehens, auf eine nationale tschecho-slowakische
Beamtenhaft und auf die Gewalt der Bajonette gestützt, in
Belästigung und Verwundung brutale tschecho-slowakische Politik
betrieben, jede wirkliche Demokratie aller nicht tschecho-slowakischen Völker
in rücksichtsloser Weise unterdrückt und diese jeden Einflusses auf
die Politik und Verwaltung des Landes beraubt habe, so daß sie
ein Hort der Reaktion und eine dauernde Gefahr für die friedliche
Fortbildung Mittel-Europas darstelle. Die deutschen Abgeord-
neten und Senatoren richten daher an den Rat des Völkerverbundes
die Bitte, die tschecho-slowakische Regierung zur Durchführung
ihrer im Vertrage von St. Germain übernommenen Verpflichtun-
gen zu veranlassen und eine unparteiische internationale Kom-
mission in die tschecho-slowakische zur Prüfung der Beschwerden
des deutschen Millionenvolkes zu entsenden.

Die französischen Gewerkschaften für die Sozialisierung.

Paris, 4. Oktober. Auf dem Gewerkschaftskongreß
in Orleans schlug Jouhaux eine Entschließung vor, die die
Beschlüsse von Orleans als grundlegend für die
französische Gewerkschaftsbewegung bezeichnet und erklärt,
daß die Sozialisierung der wichtigsten industriellen
Betriebe unvermeidbar sei. Diese Entschließung wurde
von der Mehrheit des Kongresses angenommen. Damit war der
Kongreß beendet.

Selbstmordversuch des türkischen Thronfolgers.

II. Paris, 4. Oktober. Wie die „Associated Press“ aus
Konstantinopel meldet, hat der türkische Thronfolger Abdul Mejid
einen Selbstmordversuch aus Verzweiflung über die Lage seines
Landes unternommen.

Ohne Verhör erschossen.

II. Stockholm, 4. Oktober. In Sellingsfors ist von ve-
schiedenen Seiten aus Motala die Meldung eingetroffen, daß
12 Mitglieder der finnisch-russischen Friedens-
konferenz nach ihrer Rückkehr ohne Verhör erschossen wurden.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nach-
richten „Aus dem Reichsland Lübeck“ verantwortlich: Otto
Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Reichsland Lübeck“ ver-
antwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Heinz Steinberg. Druck: F. Lehmann & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die mystizistische Welle.

Das große Teile des deutschen Volkes durch den Weltkrieg, seine Lasten und Schmerzen, seine lieblichen Entbehrungen und seelischen Erschütterungen, die von allen Seiten auf die Menschen herniederprasselten, nervös erkrankt sind, ist eine Tatsache, die sich kaum von irgend jemand bestreiten läßt. In den Arbeiterkreisen zeigt sie sich in allerhand Formen: Aufregungen, Ungebuld, erlahmender Schaffensfreudigkeit usw., die wir, wenn wir sie auch nicht billigen, eben doch erklären können, weshalb wir ihnen mit Vernunftgründen entgegenarbeiten.

In Handwerker-, Händler-, Angestellten- und ähnlichen Kreisen, kürzer gesagt: beim Kleinbürger, der von Sozialismus und Sozialisierung nichts wissen will, weil er von ihnen für seine, freilich oft nur in äußerlichem Schein bestehende Sonderstellung fürchtet, äußert sich die nervöse Zerrüttung anders. Auch hier sucht man einen Ausweg aus den Nebeln der Zeit, sucht man nach einer Erlösung von den Qualen und Nengsten der Gegenwart. Vorzugsweise glaubt man sie in erhöhter sogenannter Religiosität zu finden, in einem immer weiter um sich greifenden Mystizismus, in einem sich stets mehr verstärkenden Sektierwesen.

Unter den Sekten finden natürlich die den meisten Anhang, die eine Erlösung aus den Wirren der Zeit und den Sorgen des Daseins am ehestigsten versprechen und erhoffen. Auf das endliche Herannahen des tausendjährigen Reichs — was man auch darunter verstehen mag, denn die verschiedenen Sekten sind sich darüber nicht ganz einig — das mit zu den ersten Hoffnungen des entstehenden Christentums gehörte, haben immer gewisse Richtungen gehofft. Dieser Glaube ist das ganze Mittelalter hindurch nicht ausgefallen und lebt heute noch, lebt wieder durch die Umstände begünstigt neu auf. Die vom europäischen Westen ins Neue Testament, wenn auch erst an letzter Stelle, aufgenommene „Offenbarung Johannis“ hat diese Erwartungen stets wacherhalten. Sie stellt ursprünglich die jüdischen Hoffnungen auf Neuaufrichtung ihres Gottes- und Messiasreiches dar, nachdem ihr weltliches durch die syrisch-griechischen Fürsten des zweiten vorchristlichen Jahrhunderts auf eine Weise zerstört worden war. In frühchristlicher Zeit wurde das Buch mehr oberflächlich auf die christlichen Hoffnungen umgearbeitet und etwas vermehrt; jüdische und christliche Wünsche und Glaubensformeln deckten sich ja damals noch einigermaßen. Als die Erwartungen und die im Buche gegebenen Versprechungen sich nicht erfüllten, gab man den allegorischen und sonstigen Andeutungen eine immer weitere Auslegung, und in jeder Zeit hat es Leute gegeben, die da meinten, gerade nun sei der Tag der Erfüllung der Versprechungen in greifbarster Nähe gerückt. Laufende von Menschen haben durch die überschwänglichen Erwartungen und beim Erzählen der Einzelheiten, die die Zeit des Abendens des jüngsten Tages und der Herabkunft des himmlischen Jerusalem auf die Erde an der Hand der biblischen Angaben beweisen sollen, das höchste Verlangen, das sie besaßen, vollends eingebüßt; viele sind darüber religiös wahnsinnig geworden.

Eine Sekte, die diesem Wahnsinn in heutiger Zeit geradezu glüht, ist die der Ernsten Bibelforscher. Aber man darf hier ja etwa nicht an das denken, was man allgemein wissenschaftliche Forschung nennt. Davon sind die guten Leute weit entfernt. Ihre „Bibelforschung“ besteht in weiter nichts, als in der Auslegung der „Offenbarung Johannis“ und ihrer literarischen Vorgänger: des Buches Daniels und einiger sonstiger phantastischer „Weissagungen“ jüdischer Propheten. Die Bibelforscher verflüchtigen nun, daß sie auf die jetzige Zeit endlich zutreffen. Im Jahre 1925, meinen sie, wird das Heil anbrechen, nachdem die Welt noch einmal durch eine „große Trübsal“ hindurchgegangen. Dann werden die noch Lebenden nicht sterben und die Verstorbene alleamt auferstehen.

Es ist kaum faßbar, aber nicht zu leugnen: es gibt eine ganze Menge Leute, die diesen Unsinn glauben. Unsere Parteigenossen mögen hieraus ersehen, wie viel Aufklärungsarbeit noch auf diesem Gebiete zu leisten ist. Denn wer sich an religiöse Hoffnungen klammert, die ihm in Kürze ohne Arbeit das Glück in den Schoß werfen sollen, der ist natürlich für diesseitige Anstrengung zur Besserung des Menschheitslotes nicht zu haben. Man schleicht sich so durch, bis das himmlische Jerusalem allen Leiden

lichen Bedürfnissen ein Ende macht und nur noch himmlisches Manna die Kraft zum Hallelujasingen aufrechterhält. Leider gibt es noch sehr viele Arbeiterfrauen, die sich solchen hinterbrannten Ideen hingeben.

Aus dem Freistaat Lübed.

Montag, 4. Oktober.

Das Lohnabbau-Gebot der Unternehmer.

Ohne Rücksicht auf die große Not, in der sich weite Kreise unseres Volkes befinden, wird in Unternehmerkreisen zurzeit lebhaft über die Möglichkeit eines Abbaues der Löhne diskutiert. Wie weit die Beratungen schon gediehen sind, läßt das Geheimzirkular einer Arbeitgeber-Spigenorganisation erkennen, das folgenden Wortlaut hat:

„Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhindern. Die von der Bereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeiterschaft ist die Resolution heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Streiks wird die Ausperrung der Arbeiterschaft eines Bezirkes angedroht. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schlichtungsanspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisierungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für Lohnhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den zwei letzten Monaten erheblich gefallen sind.“

Neue Tarife sollten keineswegs abgeschlossen werden, ohne der Arbeiterarbeit genügend Raum zu schaffen, volle Ausnutzung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlußarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisierungskommissaren erteilte bereits generell die Genehmigung für diese Uebererschreitung der achtstündigen Arbeitszeit. Hingewiesen wird ferner auf die Einwirkung von Sozialistischer Erpressung für die

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung gelehrter und ungelehrter Arbeiter ist anzukämpfen. Zur Verhinderung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Verzag und die heimischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorständen der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Jugendlichen und Unversetzten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Bereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.“

Gegenüber diesen Plänen der Unternehmerverbände müssen wir mit allem Nachdruck erklären, daß für die nächste Zukunft an einen Abbau der Löhne keineswegs gedacht werden kann. Wir sehen ganz von den inpolitischen Folgen eines allgemeinen Lohnabbaues ab, erinnern nur daran, daß die gesamte Arbeiterschaft heute mehr oder weniger der völligen Verelendung nahe ist. Während der langen Kriegsjahre bis auf den heutigen Tag konnte der Arbeiter nicht an Anschaffungen denken. Nicht nur die Haushaltsgegenstände, auch die Kleider und Schuhe mußten immerfort ausgebeßert werden und haben allmählich den Zustand erreicht, in dem keine Reparatur mehr möglich ist. Wenn heute tatsächlich die Lebensunterhaltungskosten „erheblich“ gefallen sind, so muß der Lohn trotzdem auf derselben Höhe bleiben, damit es dem Arbeiter möglich wird, sich und den Seinen ein Domb zu kaufen. Jede Erhöhung der Lebensunterhaltungskosten bedingt Lohnhöhungen. Aber keineswegs kann man, wenn nach Zeiten tiefsten wirtschaftlichen Elends die Preise um eine ganze Wingeität die überhaupt nicht ins Gewicht fällt, links, sofort an einen Lohnabbau gehen. Die Folge wäre ohne jeden Zweifel ein weiterer Niedergang statt Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Das sollten vor allen Dingen auch die Behörden bedenken, die nach dem Geheimzirkular sich schon in sehr gefährlicher Weise von den Unternehmern haben einwickeln lassen.

Zur Waffenablieferung. Vom Landeskommissar für die Entwaffnung wird uns geschrieben: Die Waffenablieferung hat nach Mitteilung des Reichskommissars im ganzen Reich in allen Gemeinden, ländlichen wie industriellen, großen und kleinen Städten gleich stark (? Red.) eingesetzt und ist in Arbeitervierteln wie bürgerlichen Stadtteilen der großen Städte in gleichem Maße erfolgt. Die laufende Woche ist die letzte, in der noch die volle Prämie gezahlt wird. Eine Verlängerung der Frist oder gar Erhöhung der Prämie wird auf keinen Fall erfolgen. Vielmehr werden in der Zeit vom 11. bis 20. Oktober nur noch die halbe Prämie gezahlt werden, vom 21. Oktober bis 1. November keine Prämien mehr, nur noch Straffreiheit gewährt. Wer nach dem 1. November noch im Besitze ablieferungspflichtiger Waffen angetroffen wird, verfällt den schwersten Strafandrohungen des Gesetzes. Da nicht nur Anzeigerecht und Anzeigepflicht für jedermann besteht, der Kenntnis von solchen hinterzogenen Waffen hat, sondern auch beabsichtigt ist, noch eine Prämie auf erfolgreiche Anzeigen zu setzen, wird jeder nochmals eindringlich auf seine Ablieferungspflicht erinnert. In Lübed wurden bisher in Stadt und Land einbezogen: 749 Gewehre und Karabiner, 8 Maschinengewehre, 12 M.-G.-Schlüssel, 6 Zuführer, 12 Säue, 1 Maschinengewehr, 144 Pistolen und Revolver, zahlreiche Minder, Wurfgrenaten, Gewehrgranaten und über 23 000 Schuß Inf.-Munition. Abgeteilt wird in der Zeit von 11-6 Uhr in der Volkshausen St. Jürgen, St. Lorenz, St. Gertrud und in der Geschäftsstelle Mengstraße 6 l. An letzter Stelle auch zu jeder anderen vorher vereinbarten Zeit.

Der Mittagstisch der Zentrale für private Fürsorge teilte im Monat September an 28 Tagen 2974 Portionen Essen aus und die Krankenkost wurde in gleicher Zeit von 1426 Personen in Anspruch genommen.

Angrenzende Gebiete.

Stokelsdorf. Die Sitzung des Gemeinderates am 28. September hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Antrag der Fadenburger Liedertafel um Ueberlassung einer Schulkasse während des Winters zur Abhaltung des Gesangsunterrichtes. 2. Gesuch der Handarbeitslehrerinnen Frä. Schähte und Frau Ring um Gehaltszulage. 3. Gesuch Frä. Schähte um Uebertragung des Handarbeitsunterrichtes an der Steinraber Schule. 4. Vergebung des Reinigungs und Heizens der Ravensbuscher und Stokelsdorfer Schule. 5. Hebung von Gemeindesteuern nach der Grund- und Gebäudesteuer. 6. Regelung der Beamtengehälter entsprechend der Besoldung der Staatsbeamten. 7. Regierungsverfügung betr. Gehaltszahlung an Pfd. 8. Antrag der Erwerbslosen auf Mieteunterstützung. Beim 1. Punkt ertes sich die Schulkasse als nicht geeignet. Sie soll erst durch die Interessenten in Augenschein genommen werden. Im 2. und 3. Punkt wurde dem Gesuch stattgegeben. Die Reinigung der Schulen soll nochmals ausgeschrieben werden mit einem Gehalt im Winterhalbjahr 1400 Mk., im Sommerhalbjahr 700 Mk. Weil das Gehalt in der vorigen Ausschreibung nicht bekannt gegeben war, hatten sich Bewerber nicht genügend gemeldet. Der 5. Punkt der Tagesordnung wurde dem Antrage gemäß angenommen. Bei der Regelung der Beamtengehälter entspann sich eine heftige Debatte. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wählten sich, den Gemeindevorsteher unter dieses Geleß einzureihen. Nach der Gemeindeordnung sei dieses Amt ein Ehrenamt. In Sachen des Beigeordneten Pfd. ist auch streng auf diese hingewiesen worden. Die bürgerlichen Gemeindevorsteher hätten damals bei der Regierung darauf hingewirkt, daß die gefassten Beschlüsse laut Gemeindeordnung wieder rückgängig gemacht würden. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wollten sich nicht noch einmal der Gefahr aussetzen, daß die Beschlüsse wieder rückgängig gemacht werden. Vor bürgerlicher Seite wurde erklärt, dieses Verhalten sei nur ein Racheakt. Die Regierung würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn der Gemeindevorsteher in die Besoldungsklasse der Staatsbeamten eingereiht würde. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, es wäre Schuld der bürgerlichen Seite, wenn hier so strikte nach der Gemeindeordnung verfahren würde. Es wäre schon lange erklärt, die Gemeindeordnung gewöre ins alte Eisen. Wenn es den Bürgerlichen damals paßte, nach derselben zu handeln, so paße es diesmal den Sozialdemokraten, nach derselben zu verfahren. Es wurde dem Antrage des Genossen Glöe gemäß einzeln abgestimmt. Es werden eingereiht in die Gehaltsklasse I der Armenhausverwalter, in die Gehaltsklasse III der Gemeinbediener, in die Gehaltsklasse VI der Rechnungsführer. Laut Regierungsverfügung über die Gehaltszahlung an Pfd. wurde beschloßen, daß diesem während der Zeit, in der er beschäftigt gewesen ist, auch kein Gehalt zustände. Der Antrag der Erwerbslosen wurde in dem gegebenen Vorschlage angenommen.

Jesus von Holthausen.

Roman, von Wilhelm Lennemann.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Der Lehrer antwortete: Ich habe das alles wohl bedacht, aber ich halte es nicht für ein Unrecht, ja für eine pädagogische Notwendigkeit, biblische Aufzeichnungen und Ueberlieferungen, die der Wissenschaft nicht standhalten, auch den Kindern nicht länger als unantastbare Wahrheiten mit ins Leben zu geben. Es ist nicht jedes Wort göttlich eingegeben, ein jedes Gebot der Bibel eine Offenbarung! Wir erwarten aber von den Kindern, daß sie alles widerstandslos hinnehmen und halten, ohne zu bedenken, daß mit der erwachenden späteren Kritik nicht nur diese biblischen Geschichtslügen, sondern auch leicht das ganze Christentum über Bord geworfen wird. Und so habe ich mich entschlossen, mehr denn ich es bislang schon getan, auch der Kritik und der gereinigten Auffassung das Wort zu gönnen. Ich will nicht zwietpältig werden und im Hause einen andern biblischen Kod tragen denn in der Schule!
Und Sie bedenken gar nicht, daß die Augen kein Können, die Sie argwöhnlich umlauern?
Der Lehrer sah den Pfarrer stark an. Das weiß ich, sogar, aber ich kann mir nicht denken, daß das Wort eines Denunzianten bei einem redlichen Mann etwas gilt.
Ich bin Ihr Disziplinspektor und werde, wie alljährlich, auch jetzt bald zu Ihnen kommen müssen.
Dann will ich mich nicht hinter den Zaun verziehen. Und Ihr zweites Examen?
Ich hoffe es im Herbst zu bestehen.
Trotz alledem?
Trotz alledem!
In Mut gebracht es Ihnen nicht!
Ich habe ein reines gutes Gewissen. Damit geht er nach dem Hause.
Ich will dem Mann sofort die frohe Kunde bringen. Sie erwarten nicht schon sehr bald!
Den andern Morgen gegen 10 Uhr klopfte es an die Tür des Schulzimmers. Der Lehrer vermerkte nicht anders, daß ein Dorfbewohner wegen seines Kindes komme, Urlaub zu erbitten oder sich nach der Besetzung zu erkundigen. Er rechnete mit den Kindern erst ruhig die Aufgabe zu Ende, öffnete dann die Tür und trat in den Flur.
Fräulein Korweil, Sie? Was er erwidert, was läßt Sie mich?

Ah, Herr Lehrer, seien Sie nicht böse, daß ich Ihren Unterricht störe, mein Vater ist auf den Acker gegangen, da bin ich schnell zu Ihnen gelaufen. — Ah, esfen Sie doch!
Aber, Fräulein Eise, da müssen Sie mir zuerst sagen, wo es denn brennt!
Sie wollen den Herrn Küstner heute abend heraussammeln! Der Knecht hat's mir hinterbracht.
Aber weshalb denn? Was hat er denn verbrochen?
Sie sagen, er sei Schuld an dem Tod des Manns.
Und da meinen Sie nun, ich solle die Burschen abhalten, gar von Hof zu Hof gehen und bitten, nicht zu rummeln?
Nein, aber Sie könnten ihn heute abend aussuchen, daß er keine Dummschelten macht.
Das will ich gerne tun.
Sie sind gut! — Ihre kindlichen danken Augen sahen ihn dankbar an.
Er sah dem Mädchen nach, wie es schlank und leichtfüßig dem väterlichen Hause zuwies.
Du Liebende, sorgende Unschuld! sagte er leise. Und: Sie ist ein liebes Kind, vertrauensvoll und gut und gläubig.
Die Beerdigung des alten Manns fand unter großer, starker Beteiligung des Dorfes statt. Zwölf Bauern trugen abwechselnd den Sarg. Nicht hinter ihm schritt der Pfarrer. Dann folgte der Mann mit seiner Frau und den nächsten Anverwandten und darauf die große Zahl der rübrigen Trauergäste, die dem allgemein geachteten und beliebten Toten das letzte Geleit gaben.
Aber es ließ sich trotzdem nicht verkennen: Es lag in dieser fast allgemeinen Teilnahme des Dorfes ein klein wenig Aufbegehren gegen den Pfarrer, dessen anfängliche Weigerung wohl bekannt geworden war.
Der Lehrer hatte sich mit seinem Vater eingereiht. Hinter ihm schritt der Ingenieur, aber kein Vater stellte sich neben ihn; auch die Leibträgerden, die noch im letzten Augenblick kamen, da der Zug sich schon in Bewegung gesetzt hatte, sahen an ihm vorbei und reiften sich hinten an.
Da sprach der junge Schröder ein leises Wort zu seinem Vater, blieb einen Schritt zurück und ging neben dem Ingenieur, indes der Vater an den Schluß trat.
Zu dem kleinen Friedhof, der die Dorfkirche umgab, war kein weiter Weg. Bald war der Trauerzug angelangt. Die Träger ließen den Sarg in das ausgehobene Bett, das ihm bereit; der Pfarrer sprach die üblichen Gebete und Trostworte und schloß mit den Worten:
Der liebe Gott der nun uns gegangen ist ein Eigenes geben sein Leben her. Er ist nicht im großen Saal geschritten,

sondern seine eigenen Wege gegangen, wie Eigenart und Ueberzeugung sie ihm geboten. Glückselig, wer das kann! Aber er hatte ein hartes Herz und einen geraden Mut, der keine Konzession machte. Und nun ist das Neue in das Dorf gekommen und ist vor ihn getreten; da sollte er sich wandeln? Das konnte er nicht. Er konnte und wollte nicht segnen, was ihm Heimat und Scholle raubte. Er hat sich gemehrt mit angstvoller Seele, aber eine harte Notwendigkeit hat ihn zu gehen gezwungen. Und dann, da er nicht weiter konnte, hat er Scholle unter sich fühlte, ist seine Kraft wie ein Wasserlein getrunnen, und nur ein großes, bitteres Seimweh ist ihm geblieben. So ist er mit seiner Erde dahingegangen. Niemand hat seine letzte Stunde gesehen denn Gott allein! Wir wollen nicht richten über ein Herz, das die Liebe in Verzweiflung und Irrer getrieben. Aber wer seine Scholle liebt, wie er es getan, hat ein gutes Herz, das wird Gott angenommen haben. Die wahre Liebe kann nicht sündigen, was sie tut, ist immer recht und gut, nur unsere Augen trug!
Wir wollen nicht klagen und jammern über den Toten. Er hat die Erde gebaut und seinen Tag gemüht und ist dahingegangen, da der Tag ihm fremd geworden. Er hat sein Leben gebaut auf seiner Hände Werk und seines Herzens Meinung; sie haben ihn gestützt und getragen über die sechzig Jahre; wem unter uns wird das beschiden sein?
Die Bauern nickten, sie waren zufrieden. Die nächsten Angehörigen warfen drei Schollen Erde auf den Sarg. Die Beerdigung war beendet.
Der Ingenieur merkte kaum, daß ihn manch böser Blick traf. Das Trauergesolge zerstreute sich; viele von ihnen fanden sich im Krüge wieder.
In der Dämmerstunde suchte der Lehrer den Ingenieur auf. Er hatte sich in dem Neubau des künftigen Bahnhofgebäudes ein Zimmerchen eingerichtet, um auch noch nach Feierabend zur Hand zu sein, falls eine dringliche Angelegenheit des Bauhauens seiner bedurfte. Ein großer Teil der Arbeiter und die Arbeiter, soweit sie nicht Dörfler waren, wohnten in der Stadt und fuhren in der Morgenfrühe mit dem ersten Materialzuge zur Arbeitshütte.
Der Ingenieur wunderte sich nicht wenig, daß der Lehrer zu ihm kam. Der berichtete ihm kurz den Grund seines Besuchs. Man wird Ihnen eine Rakennuß bringen! Das ist das Urteil eines geheimen bürgerlichen Gerichtsverfahrens. Das tritt da in Kraft, wo das bürgerliche Gesetz verlagert, oder greifbare Hand haben zu einem gerichtlichen Einschreiten ermangeln!
Also eine Art Lynchjustiz! lachte der Ingenieur; das wird in dieser wechsell

Fortsetzung folgt.

Hamburg. Vorläufige Schließung von Hagenbecks Tierpark. Am 3. Oktober ist Hagenbecks Tierpark vorläufig geschlossen worden. Es soll in aller Ruhe die Zeit abgemessen werden, um eine Ausbesserung und Aufrüstung des Tierparks vornehmen zu können. Die Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 2 Mark konnte bei dem geringen Besuch einen Ausgleich der Ausgaben nicht bringen, da allein die Futtermittel um das Dreifache im Preise gestiegen sind. Durch die Vernichtung der Handwerksflotte ist der früher nebenbei getriebene Handel mit wilden Tieren vollständig lahmgelegt worden, so daß auch diese Einnahmen in Wegfall gekommen sind. Der größere Teil des Tierbestandes ist als Opfer der Hungerkatastrophe eingegangen. Aus allen diesen Gründen haben sich die Gebrüder Hagenbeck zu dem Entschlusse durchgerungen, die Schöpfung ihres Vaters, die den Weltfuß der Firma begründete, und eine Anziehungskraft für alle Fremden aus allen Weltteilen bildete, vorübergehend zu schließen.

Hamburg. Die Schauerleute gegen unionistische Umtriebe. In einer stark besuchten Versammlung der Schauerleute, in der zu den letzten Vorkämpfen im Hofen Stellung genommen wurde, kam allseitig zum Ausdruck, daß die Aktion, die von unionistischer Seite ins Leben gerufen wurde, nach Auslage von Aktionsauschüßmitgliedern keinen wirtschaftlichen, sondern einen politischen Hintergrund habe. Man war sich darüber klar, daß diejenigen organisierten Arbeiter, die sich dieser Bewegung angeschlossen haben, mißbraucht worden sind zu Zwecken, die nur von gewissen Drahtziehern, welche sich wohlweislich im Hintergrund halten, eingeleitet wurden. Da diese Elemente es immer verstanden haben, zur rechten Zeit zu verschwinden, merkte man auch künftig mit ihnen rechnen müssen. Die Arbeiterschaft aber würde letzten Endes der leidtragende Teil sein und das Rad für diese Leute kühlen müssen. Die einzelnen Personen der Aktionsauschüsse wurden einer genauen Kritik unterzogen, wobei sich dann herausstellte, daß die Leiter der ganzen Bewegung früher, als es noch mit gewissen Gefahren verbunden war, für die Ziele der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einzutreten, willige Werkzeuge der Unternehmer gewesen seien und sich unter andern als Wissen dem Arbeiter gegenüber schäme gebürdet als die Unternehmer. Jetzt, wo sie vom Arbeitgeber nicht mehr gebraucht würden, schlugen sie ins rationale Wasser um und es müßte damit gerechnet werden, daß sie bei einer Wendung der Konjunktur sich wieder ins Gegenteil umkehren würden. Eine Entschließung besagt, daß sich die Schauerleute durch die Beschlüsse von Versammlungen, die von den Aktionsauschüssen einberufen wurden, nicht gebunden halten. Die Speidreiarbeiter beschloßen im gleichen Sinne.

Aus der Partei.

Partei und Regierung. Der Sozialdemokratische Parteitag in Breslau sah nach einem Referat des Genossen Dr. Adolf Braun vom Parteivorstand in einer stark besuchten Versammlung ein in mäßig folgende Entschließung:

„Die Übernahme des Staatsapparates ist eine der Vorbedingungen der wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterschaft. Als deren politische Vertretung ist die Sozialdemokratische Partei bereit, dann in die Regierung einzutreten, wenn sie einen wirksamen Einfluß auf den Gang der Politik ausüben kann, und wenn sie damit einen wesentlichen Teil des Staatsapparates sich in die Hände spielt. Die Koalition mit einer Partei, die, wenn auch nur grundrisslich und nicht in der praktischen Auswirkung, die republikanische Staatsform verneint, wie die „Deutsche Volkspartei“, würde die Sozialdemokratische Partei eine rein repräsentative Rolle spielen lassen und ist abzulehnen. Die Koalition mit anderen bürgerlichen Parteien ist dann zu bejahen, wenn die Durchsetzung folgender Mindestforderungen garantiert ist: passivistische Außenpolitik, Republikanisierung der Reichswehr, Demokratisierung der Verwaltung, Sozialisierung des Bergbaues, planmäßige Lebensmittel- und Rohstoff-Bewirtschaftung.“

Arbeiterbewegung.

Ausprägung bei der „Victoria“. Der Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen teilt mit: „Die „Victoria“ zu Berlin, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft, und „Victoria“, Feuerversicherungs-Gesellschaft, haben sich gezwungen, ihren Berliner Direktionsbetrieb vom Sonntag (3. Oktober, Red.) ab zu schließen zu halten, da die Beamtenschaft durch Demonstrationen und Ausübung passiver Resistenz den geregelten Fortgang des Betriebes unmöglich macht. Dieses Verhalten der Angestellten, dessen Fortsetzung angekündigt wurde, ist übrigens auf die Anweisungen der Angestelltenorganisationen zurückzuführen, die die passive Resistenz als besondere Kampfmaßnahme anwenden und durch diese Aktionen bei den einzelnen Versicherungsgesellschaften Zugeständnisse herbeizuführen hoffen, die ihnen von der Arbeitgeberverband zusammengeschlossenen Gesamtheit der Versicherungsgesellschaften nicht gewährt werden können.“

Reichskonferenz der Versicherungs-Einsteiger. Am 26. September tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene Reichskonferenz der Einsteiger aller deutschen Versicherungsgesellschaften, die von 50 Delegierten aus dem Reiche besetzt war. Diese Konferenz nahm grundsätzlich Stellung zur Einmündung der Anstellung auf einen Sechseckvertrag und stellte fest, daß dieser eine einseitige, ohne Einverständnis der Arbeitnehmerorganisation beabsichtigte Aufhebung des Tarifvertrages bedeute. Der Sechseckvertrag, mittelst dem eine Verminderung der Inflation erfolgen soll, wurde unter allen Umständen abgelehnt, da er keine Existenzmöglichkeit bietet, vielmehr die Kollegialität recht- und schutzlos macht, weil auf diesem Wege lediglich dann eine Verbilligung der Inflation erzielt werden kann, wenn unter Ausschaltung des achtstündigen Arbeitstages die Ausnutzung der Arbeitskraft des einzelnen (seiner Frau und Kinder bis auf eine unerträgliche Höhe gesteigert wird. In einer Entschließung, in der die Delegierten ihre Enttäuschung über das Vorhaben der Versicherungsgesellschaften, den bis Dezember 1920 laufenden Reichstarifvertrag zu durchbrechen, kundgaben, wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß seitens der Einsteiger der Versicherungsgesellschaften im allgemeinen, der der „Victoria“ im besonderen, stets der Wille vorhanden war, mit den Direktionen geeignete Maßnahmen und Veränderungen zum Zwecke der Erparnis der Verwaltungskosten oder zur Erzielung von Deckungsmitteln zu treffen. Die Steigerung der Inflation des Jahres 1919 auf 16,63 Millionen gegenüber den Kosten des Jahres 1913 von 10 Millionen bei der Victoria-Versicherung z. B., erklärt sich schon fast ausschließlich aus der erheblichen gewachsenen Polizenzahl, während dagegen die sonstigen Verwaltungskosten von 4,9 Millionen (1913) auf 17,2 Millionen (1919) gestiegen sind. Die von den Direktionen angebotene Befreiung des bestehenden Tarifvertrages wurde von der Reichskonferenz als unmotiviert und die Interessen der Versicherungsangestellten schwer schädlich abgelehnt und der Zentralverband der Angestellten beauftragt, die diesbezüglichen Verhandlungen auf dieser Grundlage zu führen und von der Victoria die Rücknahme aller zwecks Anstellung als Sechseckvertrag ausgeprochenen sowie die Vermeidung aller geplanten Rückbildungen zu verlangen, bis die Verhandlungen zu irgendeinem Abschluß gekommen sind. Für den Fall der Ablehnung der Forderungen durch die „Victoria“ sollen nach vorläufiger Verständigung mit dem Betriebsrat der Victoria-Einsteiger die notwendigen Abwehrmaßnahmen bis zum äußersten Mittel angewandt werden. Für jeden Fall verlangt die Reichskonferenz, daß jeder Kollege, ob Einsteiger oder Sechseckverzeiter, in den Sechseckstellen der Verbandspartei unbedingt Folge leistet. Sie befragt weiter die Anordnung des Verbandsvorstandes, daß in keinem Orte zwischen den Kollegen und den Sechseckverzeitern verhandelt werden und kein Kollege für sich einen Sechseckvertrag eingehen darf.

Soziales.

Wo die Arbeitslosigkeit am größten ist. In einer Denkschrift des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung wird mitgeteilt, daß in Auerbach i. W. auf 1000 Einwohner 203 Erwerbslose entfallen, im benachbarten Falkenstein sogar 286, in Plauen i. W. 242. Noch schlimmer aber ist es für Pirna, wo jeder dritte Einwohner (368 von 1000) unterstellt werden muß.

Reich und Ausland.

Riesenschließung einer Baufirma. Die „Freiheit“ berichtet, daß der Eisenbahndiebstahl-Überwachungsausschuß im Eisenbahndirektionsbezirk Hannover und zwar in Bad Deynhausen einer Riesenschließung auf die Spur gekommen ist, in die auch höhere Beamte mit verwickelt sind. Es ist festgestellt worden, daß eine Baufirma täglich die Stadt, resp. die Bauabteilung Deynhausen um 200 bis 50 Mk. betrogen habe und zwar dadurch, daß die Firma an 31 Tagen 122 Arbeiter in ihren Lohnlisten mehr aufgestellt hat, als in Wirklichkeit vorhanden waren. Ferner soll umfangreiches Baumaterial, Ziegelsteine und andere Dinge verschoben worden sein.

Für den Mord an einem Arbeiter 2 Jahre Gefängnis. Ein auffallend mildes Urteil hat das Schwurgericht in Halle gegen den Unteroffizier der Reichswehr, Gerstenberger, gefällt. Während des Kampfes hat Gerstenberger in sinnloser Wut den Arbeiter Kämpfer, der als Gefangener eingebuchtet wurde, erschossen. Das Schwurgericht hielt für diesen Mord zwei Jahre Gefängnis als eine ausreichende Sühne.

Deutschnationale Köchin gesucht. Ein in Württemberg angestellter General sucht in der „Kreuzzeitung“ einen Diener und eine Köchin: nationale Gesinnung! Es scheint das Neueste zu sein, daß man sich nun auch in der kulinarischen Kunst nach alldemselben Rezept richtet. Es wäre vielleicht gar kein schlechtes Geschäft, wenn Graf Reventlow sich künftig anstatt mit ausländischen Köchinnen mit der Beschaffung alldemselber Köchinnen befassen würde. Wir sehen ihn schon im Geiste bei „treudeutschem Selleriesalat“.

Pelt in Triest. Aus Rom wird gemeldet: Der Hafen von Triest ist von der italienischen Regierung als pestverdächtig erklärt worden. Alle einlaufenden Schiffe müssen sich einer Quarantäne von einer Woche unterziehen. In Fiume sollen 9 Fälle von Beulenpest vorgekommen sein.

Neue Tätigkeit des Vesuvius. Am 27. September brach nach einer Meldung aus Neapel ein Eruptionsgel aus dem Gipfel des Vesuvius und schleuderte ihn weg. Reichliche Lava floß heraus. Die Tätigkeit des Vesuvius dauert noch an, doch besteht nach einer Mitteilung des Observatoriums keine Gefahr, da die Eruptionen stets im Innern erfolgen und die Lava in den Kratergrund zurückfällt, dessen Durchmesser mehr als ein halbes Kilometer beträgt.

Die Einwohnerzahl Petersburgs. Das Amtsblatt von Petersburg „Krasnaja Gazeta“, stellt fest, daß die Einwohnerzahl Petersburgs jetzt 296 000 Männer und 410 000 Frauen beträgt gegenüber 3 Millionen Einwohner im Jahre 1916.

Das Ende der englischen Vormachtstellung zur See.

OK. Hat England sein vornehmstes Kriegsziel erreicht: die Ausfaltung jeder Nebenbuhlerschaft für seine Vormachtstellung zur See? Soweit Deutschland in Frage kommt, gewiß; denn die stolze deutsche Kriegs- und Handelsflotte gehört der Vergangenheit an. Aber statt dieses einen Nebenbuhlers sind ihm zwei andere und viel gefährlichere erwachsen: die Vereinigten Staaten und Japan. Jedenfalls ist die mehrbeherrschende Stellung Britanniens nach dem siegreich geführten Kriege viel bedrohter als vorher. An der Hand eines einwandfreien Zahlenmaterials weist dies der Professor an der Düsselborfer Verkehrshochschule R. Hennig in einem neuen erschienenen Buch „Der neue Weltverkehr“ nach, das einen Band der bei Karl Siegismund in Berlin erscheinenden Sammlung „Die neue Welt“ bildet. Hennig nennt das Auftreten Amerikas als eines Wettbewerbers um die Seeherrschaft „das bedeutendste verkehrspolitische Ereignis, das als Folge des Krieges überhaupt zu verzeichnen ist“. Zwei Tatsachen, sagt er, beleuchten schlaglichtartig die Verschiebung der Verhältnisse zu Englands Ungunsten. Die Niedererschlagung der deutschen Handelsmarine ist gelungen; aber am Schluß des Krieges stand eine andere, nicht-englische Flotte, die amerikanische, doppelt so stark als es die deutsche in ihren besten Zeiten war, zum Handstreich gerüstet, einer stark reduzierten englischen Kauffahrteiflotte gegenüber. Außerdem ist aber der englische Schiffbau, der seit Menschengedenken unerreicht an der Spitze aller Nationen marschierte, um amerikanischer übertriften worden und schon 1918 hinter diesem fast um die Hälfte, 1919 um rund drei Fünftel zurückgefallen, trotz lebhafter eigener Anstrengungen. Diese Umwandlungen sind so gewaltig, daß man sagen kann, nie zuvor habe sich das Bild des Handelsgewerbes auf den Meeren in so kurzer Zeit gleich stark gewandelt! Diese Veränderung der Lage ergibt sich am deutlichsten, wenn man sich den prozentualen Anteil vor Augen hält, den die führenden Nationen im letzten Jahrzehnt an der Zusammensetzung der Welt Handelsflotte gehabt haben. England verfügte 1910 über 45,5 Proz., Deutschland über 10,3 Proz., die Vereinigten Staaten über 6,6 Proz., Norwegen über 4,8 Proz., und an fünfter Stelle stand Frankreich mit 4,5 Proz. 1919 hat sich diese Reihenfolge so verändert, daß Deutschland ausscheidet. England steht mit 32,1 Proz., doch immer an der Spitze; aber die Vereinigten Staaten sind ihm mit 23,5 Proz. bereits ziemlich nahe gerückt; dann folgt Japan mit 5,3 Proz., Norwegen mit 3,1 Proz., und Frankreich mit 2,9 Proz. Nun ist aber die Handelsflotte Amerikas in einem beständigen, das Anwachsen Englands weit überflügelnden Zunehmen begriffen. Es kam ja den Briten vollständig überraschend, als die Yantees im Sommer 1918 ganz unplanmäßig fieberhafte Anstrengungen unternahmen, England im Schiffbau zu schlagen und damit die eigene Handels- und Kriegesflotte der britischen überlegen zu machen. Eine unglaubliche Menge von neugegründeten Werften blühte empor. Die amerikanische Ozeanflotte, die 1910 nur 800 000 Tonnen umfaßte, war am 30. Juni 1915 bereits auf 2794 Schiffe mit 1 871 543 Tonnen gestiegen. Ein Jahr später schwammen 2 191 725 Tonnen amerikanische Frachzeuge auf dem Ozean. Beim Eintritt in den Krieg im April 1917 verfügten die Vereinigten Staaten über 2 750 000 Tonnen an Schiffen über 1500 Tonnen. Am 1. Juli 1918 hatte das amerikanische Schiffsamt 7 000 000 Tonnen, am 1. September 9 500 000 Tonnen unter Kontrolle, und man konnte bis Ende 1920 mit 14 715 000 Tonnen Neubauten rechnen. In kaum sechs Jahren war die Flotte der Vereinigten Staaten um fast 300 Proz. gewachsen. Das gesamte amerikanische Bauprogramm umfaßt 17 807 071 Tonnen. In absehbarer Zeit werden also 22 000 000 Tonnen Schiffsraum unter dem Sternenbanner fahren, d. h. etwa zwei Fünftel des Weltschiffstammes und mehr, als die britische Handelsflotte je besaß. Wir werden nicht nur die größten Schiffbauer, sondern auch die größten Reeder der Welt sein“, hat der amerikanische Schiffbauinspektor Edward Hurley gesagt. Es ist begreiflich, daß diese Anstrengungen England mit tiefer Besorgnis erfüllen. Gegenwärtig liegen bereits die Verhältnisse so, daß Britannien, das vor dem Kriege eine Überlegenheit über alle wichtigen Konkurrenten um 4 000 000 Tonnen besaß, jetzt den anderen wichtigsten Handelsflotten zusammen um 3 700 000 Tonnen unterlegen ist. Wenn sich das Bauprogramm Amerikas auch nur zum Teil verwirklicht, läßt sich der „Status“, was die Seeherrschaft angeht, über auch Japan ist

ein sehr gefährlicher Konkurrent Englands geworden, und im Ganzen zeigt sich, daß ganz Europa wirtschaftlich den Krieg verloren hat. Während der europäischen Schiffbau den außereuropäischen bis zum Jahre 1914 übertraf, ist er ihm jetzt bedeutend unterlegen. England, Deutschland und Frankreich bauten 1912 1 887 000 Tonnen und 1914 1 511 000 Tonnen mehr als die Vereinigten Staaten und Japan; dagegen waren die beiden nicht-europäischen Staaten im Jahre 1916 den drei europäischen Staaten um 117 000 Tonnen und 1918 um 2 190 000 Tonnen im Schiffbau überlegen. „Angesichts dieser Zahlen“, schließt Hennig, „dämmert am Horizont die Möglichkeit auf, daß Europa die Stelle als kulturelle Vormacht der Welt, die es 2½ Jahrtausende unbestritten inne hatte, infolge der furchtbaren Vorgänge der Jahre 1914/19 verloren hat, als ob die Führerrolle seit 1918 an Amerika übergegangen ist.“

Vermischtes.

Ein neuer Verein zur Pflege alter Volkslitten. Ein eigenartiger Bund für Volkspflege ist nach einem Bericht in der neuesten Nummer der „Heimatschutzchronik“ in Leipzig ins Leben getreten worden. Hier hat sich ein Verein gebildet, der mit Hilfe der ortsansässigen Lehrer und Geistlichen bei Erntedankfesten und Jahrmärkten die alten Bräuche und Tänze neu beleben will. Die jungen Burschen und Mädchen der verschiedenen Dörfer sollen angeregt werden, die früheren Spiele, Tänze und Schwünke wieder aufzunehmen, um so Verständnis für die Volkslitten zu wecken. Um gleichzeitig auf die Geschmacksentwicklung des Volkes zu wirken, sollen die Jahrmärkte und Messen mit Verkaufsstellen guter Waren besetzt werden.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Marli I — Odesloe I. 4 : 1. (2 : 1.) Sonntag, den 26. September, standen sich beide Mannschaften zu einem Propagandaispiel auf dem Sportplatz in Reinfeld gegenüber. Odesloe hatte Anstoß und spielte scharf durch. Durch Handmachen des Verteidigers erzielten sie einen 11 Meter, welcher gut getreten wurde. Somit konnte Odesloe ein Tor für sich buchen. Anfangs konnte man glauben, daß Marli geschlagen wurde. Denn seit Spielbeginn wogte der Kampf auf Marlis Spielhälfte. Aber schließlich fanden sich die Marlier zusammen und konnten zweimal bis Halbzeit in das Heiligtum von Odesloe einfinden. Nach Halbzeit gestaltete sich das Spiel anders, denn jetzt war es Lübeck, welches die Führung an sich riß. Durch gutes, schnelles und überlegenes Kombinieren war es den Schwarz-Weißen vergönnt, noch zweimal den Ball in das Netz von Odesloe zu treten. Bald darauf machte der Schlußpfiff dem Kampf ein Ende. Der Sturm und die Verteidigung von Marli sowohl wie von Odesloe waren gut. Nur hätte Odesloe nicht so oft umstellen müssen. Der Torwart von Odesloe war gar nicht schlecht, nur zeigte er sich gewissermaßen halbherzig. Im großen und ganzen war es ein recht interessantes, lebhaftes Spiel. Der Schiedsrichter leitete das Spiel einwandfrei.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Eingelandt.

Herr Grebien, Ihre Entschuldigungskammerlei in dem Eingelant vom 1. Oktober ist absolut nicht stichhaltig. Sie behaupten, die eiserne Stange sei Ihnen „entglitten“. Herr Grebien, das glaubt Ihnen kein Mensch. Eine „entgleitende“ Stange von circa 1½—2 Zentimeter Stärke geht nicht durch Stiefel und Fuß, um dann in der Sohle festzu- und zu bleiben. Und dann lassen Sie den durch einen „unglücklichen Zufall“ von Ihnen Verletzten am Boden liegen, langen ihm noch eine und schlagen sich dann seitwärts in die Büsche. Das ist ein Benehmen, für das mir jedes Verständnis abgeht. Ihr Schuldbewußtsein zeigt sich auch darin, daß Sie es noch nicht einmal für nötig gehalten haben, den Eltern des von Ihnen Verletzten Knaben Ihr Bedauern auszusprechen. Im übrigen hat es für beide Teile keinen Zweck mehr, sich an dieser Stelle noch weiter zu ereifern. Das Urteil des Herrn Dr. med. Groenewold: „Stich durch den Fuß“ und das Zeugnis der Herren W. Hagen, A. Lützer, E. Cohn sind maßgebend in dem gegen Sie eingeleiteten Strafverfahren. Ein Beteiligter.

Eingelant.

Es wird so viel von Sparen geschrieben und gesprochen. Mit recht. Dann sollte man aber erwarten dürfen, daß die Behörden mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist aber nicht so. Ich muß mich sehr wundern, daß hier in Lübeck bei hellem Mondschein die ganzen Nächte hindurch die Gaslaternen brennen, obgleich der Mond besser leuchtet, als die Laternen, selbst dann noch, wenn der Himmel bedeckt ist. Hier könnte eine ganz gute Erparnis erzielt werden. Ich als Laie will keine Zahlen nennen, wie viel Kubikmeter Gas in einer Nacht erspart werden könnten, aber jedenfalls macht es eine ganz anständige Summe aus. Wie oft hat es früher geheißen: im Monat können nur so und so viel Kubikmeter Gas abgegeben werden. Wir haben uns fügen müssen. Auch jetzt wird das Gas noch mehrere Stunden geperrt. Deshalb ist es erst recht nicht zu verstehen, wie man bei hellem Mondschein die Laternen brennen lassen kann. Die Kohlen könnten für andere Zwecke verwendet werden. Viele Unbemittelte wissen nicht, wo sie das Geld hernehmen sollen, um die Gasrechnung zu bezahlen. Wenn aber so viel Gas vorhanden ist, dann sollte man den Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen, sowie allen Minderbemittelten einen Preisnachlaß gewähren. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, um in dieser Angelegenheit eine Besserung herbeizuführen.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 2. Oktober.					
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsart	Fahrzeit
				von See	1/2
E.		Justitia	Rusch		1/2
E.		Sturmdogel	Brungshorst		1/2
E.		Dora	Albrecht		1/2
E.		Mediava	Ryttlömer		1/2
E.		Helena	Bachmann		1/2
E.		Columbus	Pollmann	Magus	4
D.		Panzer	Hennigs	Stettin	1
Angelommen am 3. Oktober.					
D.		Obin	Eberg	Stockholm	2
D.		Urania	Niemann		2 1/2
E.		Denene	Krahn	Gefle	7
E.		G. 10 Frieda	Wachtel		1



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol - Preis M. 3 -
100 000 Lachbav. -
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.